

# Arbeitshinweise und Inhaltsübersichten



# Integrale Methode

1. Informationsaufnahme (Apperzeption)
2. Verstehen (intellektuelle Verarbeitung)
3. Abspeichern im Gedächtnis
4. Zugriff auf abgespeicherte Informationen
5. problembezogene Reproduktion der Informationen
6. Klausurtechnik
7. Juristische Argumentation

## 1. Informationsaufnahme

### **Volle Konzentration auf Präsentation**

- optisch
- akustisch
- interessentransparent

### **Keine Ablenkung**

durch Mitschreiben des Dozentenaufschriebs  
oder Mitlesen von Skripten

## 2. Intellektuelle Verarbeitung

- Prägnanz
- Plastizität
- Modulartechnik
- Aufzeigen der Hintergründe
- Einordnung in juristischen / wirtschaftl. Kontext

## 3. Abspeichern im Gedächtnis

**Fundamentale Informationen werden schon im mündlichen Kurs abgespeichert (vgl. hierzu Merkblatt "Memotechnik") und sind dann sofort für den Rest des Unterrichts verfügbar.**

**Inwieweit Sie die übrigen Informationen schon (unbewusst) abgespeichert haben, können Sie mit Hilfe des Lernmanagements zuverlässig anhand des Kartei-Skripts überprüfen.**

**4./5. Der Zugriff auf abgespeicherte Informationen und die problembezogene Reproduktion der aufgefundenen Informationen wird im Examensklausurenkurs intensiv an aktuellen Fällen auf Examensniveau eingeübt.**

**6./7. Klausurtechnik und juristische Argumentation werden im systematischen Kurs und insbesondere im Examensklausurenkurs permanent trainiert.**

# Methodische Nutzung des Kartei-Skripts

1. **Sofort nach dem Unterricht durchschauen.**
2. **Spätestens am folgenden Tag aktiv nacharbeiten:**  
Jede Skript-Karte gibt die Antwort auf zumindest eine Frage; notieren Sie diese Frage(n) auf der Rückseite der Skriptkarten mit Bleistift.
3. **Ein Tag später: 1. Erfolgskontrolle**  
Sie versuchen die von Ihnen selbst formulierten Fragen in Ihren Worten zu beantworten. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden, legen Sie die betreffende Skript-Karte links ab, andernfalls rechts.  
Mit den rechten Skriptkarten beschäftigen Sie sich nun nochmals eingehend.
4. **Folgender Tag: 2. Erfolgskontrolle**  
Gegenstand dieser Kontrolle ist nur, was Sie noch nicht hinreichend beherrschen, also die rechten Skriptkarten.  
Vorgehensweise wie bei der 1. Erfolgskontrolle
5. **Ein weiterer Tag später: 3. Erfolgskontrolle**  
Vorgehensweise wie bei der 2. Erfolgskontrolle.
6. **Führen Sie die nach der 3. Erfolgskontrolle rechts verbliebenen Skript-Karten die nächsten 2 bis 3 Tage immer bei sich und beschäftigen Sie sich mit ihnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit.**
7. **Gesamtkontrolle des kompletten Lernstoffs anhand des geordneten Karteiskripts unmittelbar vor dem nächsten Unterricht.**
8. **Nach 1 Monat führen Sie dasselbe Verfahren nochmals durch.**  
Üblicherweise beherrschen Sie schon mehr als 75 % des Stoffes, so dass sich der erforderliche Zeitaufwand für weitere Kontrollen erheblich verringert.
9. **In der "heißen Phase" unmittelbar vor Ihrem Examen wiederholen Sie zuerst die Themen, die Ihnen am examensrelevantesten und am schwierigsten scheinen.**  
Ggf. auftretende Lücken können Sie dann noch rechtzeitig schließen.

# Memo-Technik

NB: Aktiv- und Passivphase müssen gleich lang dauern.

## 1. Optisch:

### *Passiv:*

- Overheadpräsentation langsam lesen;
- Anzahl der Elemente einprägen
- Lay-out einprägen

### *Aktiv:*

- Lay-out vergegenwärtigen
- Anzahl der Elemente vergegenwärtigen
- Inhalt vergegenwärtigen

## 2. Akustisch

### *Passiv:*

- Dozent liest langsam und akzentuiert vor
- Rhythmus und Betonungen einprägen

### *Aktiv:*

- Rhythmus und Betonungen vergegenwärtigen
- Inhalt vergegenwärtigen

## 3. Optisch-Akustisch

### *Passiv:*

- Während Dozent langsam und akzentuiert vorliest, Overheadpräsentation im selben Rhythmus mitlesen.
- Anzahl der Elemente einprägen
- Lay-out einprägen
- Rhythmus und Betonungen einprägen

### *Aktiv:*

- Lay-out vergegenwärtigen
- Anzahl der Elemente vergegenwärtigen
- Rhythmus und Betonungen vergegenwärtigen
- Inhalt vergegenwärtigen

## 4. Motorisch:

- Nach Aufforderung des Dozenten niederschreiben, was Ihnen noch in Erinnerung ist.
- Sollten Sie sich an einen oder mehrere Punkte nicht mehr erinnern, lassen Sie diese(n) offen.
- Zum Schluss versuchen sie, die fehlenden Punkte zu rekonstruieren.

## 5. Korrektur Ihres Versuchs anhand der Overhead-Präsentation

## 6. Wiederholen Sie dieses Verfahren in folgendem Rhythmus zu Hause:

- am nächsten Tag
- vor dem nächsten Unterricht
- einen Monat später
- unmittelbar vor dem Examen.

## A. Lernmethoden

### 1. Klassisches Konditionieren (Pawlovs Hunde) "Lernen durch Gewöhnung"

Gelernt wird, auf anfangs neutrale Reize in einer bestimmten Weise zu reagieren.

Bsp: Autohupe -> "Vorsicht!".

**Schlussfolgerung:**

- Machen Sie das Lernen zur "Gewohnheit";
- Halten Sie bestimmte Zeiten ein
- Benutzen Sie einen festen Arbeitsplatz.

So wird die Lernumgebung zur Lernstimulanz:  
Nutzen Sie die "Macht der Gewohnheit" im positiven Sinne!

### 2. Operantes Konditionieren (Skinner's Tauben) "Lernen durch Belohnung"

Eine Verhaltensweise/Vorgehen wird gelernt, wenn sie durch Erfolg bekräftigt wird.

**Schlussfolgerung:**

Belohnen Sie sich für geleistete Arbeit!

Falsch: *"Nach dem Film lerne ich noch ein bisschen..."*

Richtig: *"Jetzt lerne ich, zur Belohnung schaue ich mir anschließend den Film an."*

**Wichtig:** Die Belohnung muss unmittelbar auf das gewünschte Verhalten folgen.  
Das ist nur möglich, wenn der Stoff in überschaubare Lernschritte aufgeteilt wird.

### 3. Lernen durch Einsicht

Wer einmal gelernt hat, ein Problem zu lösen, wird später bei ähnlich gelagerten Problemen schneller zum Ziel kommen.

Die Einsicht von Zusammenhängen erleichtert das Lernen von Details.

**Schlussfolgerung:** Achten Sie auf die Zusammenhänge zwischen den Rechtsgebieten.  
Verschaffen Sie sich einen Überblick anhand der Inhaltsübersichten (deshalb sollten Sie es auch immer dabei haben!).

Keine Klausurlösung ohne Skizze - ein banaler Hinweis, der dennoch oft missachtet wird.  
Denken Sie sich bei der Klausurlösung in die Interessenlage der Beteiligten hinein.

## B. Lernhemmungen

### 1. Affektive Hemmung

Starke emotionale Erregung stört die Aufnahme des Lernstoffes.

**Folge:** Lernstoff wird überhaupt nicht aufgenommen.  
**Bsp:** Ärger über das Verhalten Ihrer Kommilitonen.

**Tipp:** Erregung/Ärger erst bei Sport oder Musik abklingen lassen, dann weiterarbeiten.

### 2. Retroaktive (rückwirkende) Hemmung

Mehrere Lerneinheiten werden direkt hintereinander absolviert.

**Folge:** Die zweite Lerneinheit verhindert die Aufnahme der ersten ins Langzeitgedächtnis.

**Tipp:** Pausen zwischen den Einheiten einlegen.

### 3. Proaktive (vorauswirkende) Hemmung

Mehrere Lerneinheiten werden direkt hintereinander absolviert.

**Folge:** Die erste Lerneinheit wirkt nach und verhindert die Aufnahme der zweiten ins Langzeitgedächtnis.

**Tipp:** Pausen zwischen den Einheiten einlegen.

### 4. Interferenz (Ähnlichkeitshemmung)

Zwei ähnlich strukturierte Lerneinheiten (z.B. 2 x Strafrecht) werden nacheinander bearbeitet.

**Folge:** Die beiden Lernprozesse behindern sich gegenseitig.

**Tipp:** Mit Lernstoff abwechseln, Pausen einlegen.

### 5. Ekphorische Hemmung

Ein Lernprozess ist abgeschlossen.  
Kurz vor der Prüfung stürzt sich der Kandidat in Panik auf das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis.

**Folge:** Der alte Lernstoff ist zwar gelernt und "sitzt", wird aber durch den neuen Stoff blockiert und kann in der Prüfung nicht mehr abgerufen werden.

**Tipp:** Prüfungsvorbereitung rechtzeitig abschließen; kein "Paniklernen".

## C. Umgang mit Literatur

Lesen will gelernt sein!

Die richtige Methode spart Zeit und sichert eine maximale Behaltensquote.

**Empfehlung:** 5-Schritt-Methode oder SQ3R-Methode

### 1. Survey - Überblick gewinnen

Einleitung, Inhaltsverzeichnis, Kapitelüberschriften geben Aufschluss über Intentionen des Autors und über die entscheidende Frage *"Steht hier überhaupt, was ich suche?"*

### 2. Question - Fragen stellen

Evtl. schriftlich gestellte Fragen machen deutlich, worauf es einem bei der Lektüre ankommt; sie konzentrieren den Blick auf das Wesentliche und steigern Lesemotivation und Aufmerksamkeit. Sie führen so zu einer aktiven Lesehaltung.

Gefragt wird nach der Argumentation des Verfassers (*"Hat er überhaupt Argumente oder tut er bloß so?"*) und nach Bezügen zum vorhandenen Wissen (*"Womit kann ich das in Beziehung setzen? Wo wird das ähnlich gemacht? Kenne ich das schon aus einem anderen Rechtsgebiet?"*)

**Tipp:** Fallen einem zunächst keine Fragen ein, dann ist es oft hilfreich, die Kapitelüberschriften in Fragen umzuformulieren.

### 3. Read - Lesen

Während des langsamen und konzentrierten Lesens werden die Antworten auf die vorher gestellten Fragen gesucht.

Durch die (hoffentlich) im Hinterkopf gebliebenen Fragen behält man den Blick für das Wesentliche und liest nicht darüber hinweg.

Lesen Sie immer nur in kurzen Abschnitten!

### 4. Recite - Rekapitulieren

Nach (!) dem Durchlesen eines Kapitels/Abschnitts kurze (!) Notizen in eigenen (!) Worten aus der Erinnerung formulieren.

Anhand dieser Notizen wird dann überprüft, ob alle gestellten Fragen ihre Antwort gefunden haben.

**Denken Sie daran:**

*"Nothing is easier than being busy,  
and nothing is more difficult than being effective!"*  
Alec Mackenzie

### 5. Review - Wiederholen

Wiederholen und Zusammenfassen der abschnittsweise erarbeiteten Einzelergebnisse.

Die notierten Fragen und Antworten werden überflogen und die Notizen ergänzt.

Sie werden eventuell jetzt einwenden, dass dieses Verfahren recht lange dauert. Denken Sie aber daran, dass es überhaupt nichts bringt, eine BGH-Entscheidung schnell zu lesen, ohne etwas davon zu behalten...

**Tipp:** Bei leichteren Texten können Sie die Schritte 4 und 5 auch weglassen.

## D. Motivation

Auch die besten Lernmethoden nützen nichts, wenn die Motivation fehlt.

Deshalb beachten Sie bitte folgendes:

- Setzen Sie sich nur Lernziele, die Sie auch wirklich erreichen können. Ggf. erreichbare Teilziele setzen.
- Bilden Sie eine Arbeitsgruppe.
- Schreiben Sie mindestens 50 - 60 Klausuren vor Ihrem Examen.
- Schauen Sie über den juristischen Tellerrand hinaus; lesen Sie nicht nur den Sport-, sondern auch einmal den Wirtschaftsteil Ihrer Zeitung.
- Suchen Sie nach praktischen Nutzenanwendungen Ihrer neuen Rechtskenntnisse.
- Arbeiten sie aktiv im Kurs mit - es kostet nichts extra!
- Akzeptieren Sie nichts, weil es die "h.M.", der BGH oder sonst eine Autorität sagt. - Nur Argumente können überzeugen, niemals "große Namen" allein.
- Konzentrieren Sie Ihre Energie auf die examensrelevanten Gebiete. - Selbstverständlich gibt es eine ganze Menge "jur. Delikatessen", die im Kurs gar nicht oder nur kurz thematisiert werden. Diesen können Sie sich dann in Ihrer Habilitationsschrift mit aller Liebe und Sorgfalt widmen.
- Bleiben Sie neugierig.

**Weiterführende Literatur:**

Hülshoff, Friedhelm / Kaldewey, Rüdiger

Mit Erfolg studieren

3. Aufl. München 1993

Naef, Regula D.

Rationeller Lernen lernen

7. Aufl. Weinheim 1975

# Übersicht Zivilrecht

1. Einführung
2. Rechtsgeschäftslehre
3. Vertretung
4. Gesellschaftsrecht
5. Sachenrecht AT
6. Mobiliarrecht
7. Leistungsstörungen
8. Kaufrecht
9. Werkvertrag
10. Zession, Schuldübernahme, Vertragsübernahme
11. Erfüllung, Verjährung
12. Darlehen, Teilzahlungsgeschäfte, Leasing
13. Bürgschaft, Schuldbeitritt, Garantie
14. Mobiliarsicherheiten
15. Immobilienrecht
16. Grundpfandrechte
17. Vormerkung
18. Geschäftsführung ohne Auftrag
19. Vindikationsrecht („EBV“)
20. Deliktsrecht
21. Haftung für das Verhalten Dritter
22. Kausalität und Zurechnung
23. Schadensrecht
24. Kondiktionsrecht
25. Regress
26. Zivilprozess
27. Zwangsvollstreckung
28. Familienrecht
29. Erbrecht
30. Arbeitsrecht
31. Internationales Privatrecht

# Einführung

- I. Entwicklung des BGB
- II. Anforderungen an Examenkandidaten
- III. Systematik des Privatrechts
- IV. Gutachtentechnik
- V. Gutachtenstil
- VI. Subsumtion
- VII. Personen
  - 1. Natürliche Personen
  - 2. Juristische Personen

# Rechtsgeschäftslehre

- I. Abgrenzung zwischen rechtlich relevantem Verhalten und Gefälligkeit
- II. Rechtsgeschäfte, geschäftsähnliche Handlungen und Realakte
- III. Arten von Rechtsgeschäften
  - 1. Einseitige Rechtsgeschäfte
  - 2. Vertrag
  - 3. Beschluss
- IV. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft, Rechtsgrund
  - 1. Verpflichtungsgeschäft
  - 2. Verfügungsgeschäft
  - 3. Rechtsgrund
  - 4. Relevanz der Differenzierung
  - 5. Verhältnis Verpflichtung / Verfügungsgeschäft
- V. Arten von Schuldverhältnissen
  - 1. Streng einseitige Schuldverhältnisse
  - 2. Unvollkommen zweiseitige Schuldverhältnisse
  - 3. Zweiseitige Schuldverhältnisse
  - 4. Gegenseitige Verträge
- VI. Geschäftsfähigkeit
  - 1. Definition
  - 2. Regel
  - 3. Ausnahmen
  - 4. Fallaufbau
  - 5. Beschränkte Geschäftsfähigkeit
  - 6. Schwebende Unwirksamkeit
  - 7. Aufbauschema zu §§ 106 ff
  - 8. §§ 112, 113
  - 9. "Taschengeldparagraph", § 110
  - 10. Haftung des Mj
  - 11. Veräußerung von Sachen durch Mj

## VII. Willenserklärungen

- 1. Definition
- 2. Subjektiver und objektiver Erklärungs-TB
- 3. Fehlendes Erklärungsbewusstsein
- 4. Fehlender Rechtsbindungswille
- 5. Rechtsfolgewille / Geschäftswille
- 6. Auslegung von Willenserklärungen
- 7. Anfechtungsgründe
- 8. § 119
- 9. Problemfälle
- 10. Schadensersatz nach § 122
- 11. Geltung des Gewollten trotz Anfechtung
- 12. Arglistige Täuschung / Drohung
- 13. Wirkungen der Anfechtung

## VIII. Form

- 1. Formzwecke
- 2. Prinzip der Formfreiheit
- 3. Heilung
- 4. Änderungen eines formbedürftigen RG's
- 5. Rechtsgeschäftlich vereinbarter Formzwang
- 6. Formnichtigkeit und Treu und Glauben
- 7. "Urkunde" i.S.d. § 126

## IX. Abgabe und Zugang von Willenserklärungen

- 1. Verkörperte WE'en unter Abwesenden
- 2. Nichtverkörperte WE'en unter Abwesenden
- 3. Verkörperte WE'en unter Anwesenden
- 4. Nichtverkörperte WE'en unter Anwesenden
- 5. Zugangsverzögerungen
- 6. Grundlose Zugangsverhinderung
- 7. Widerruf empfangsbedürftiger WE'en

## X. Die Grenzen rechtsgeschäftlicher Selbstbestimmung

- 1. Rechtswidrige Rechtsgeschäfte, § 134
- 2. Umgehungsgeschäfte
- 3. Sittenwidrige Rechtsgeschäfte, § 138
- 4. Wucher, § 138 II
- 5. Wucherähnliche Geschäfte
- 6. Teilnichtigkeit, § 139
- 7. Umdeutung, § 140

## XI. Vertragsschluss

- 1. Antrag
- 2. "Annahme"
- 3. Schweigen auf ein kfm. Bestätigungsschreiben
- 4. Annahme unter Änderungen
- 5. Dissens
- 6. Ergänzende Vertragsauslegung

## XII. Unzulässige Rechtsausübung

- 1. Schikaneverbot, § 226
- 2. Sittenwidrig schädigende Rechtsausübung
- 3. Unzulässige Rechtsausübung nach § 242.



# Vertretungsrecht

## I. Einführung

1. Allgemeines
2. Anwendungsbereich der §§ 174 – 181
3. Arten der Vertretung
4. Verfügungsermächtigung i.S.d. § 185 I

## II. Drittwirkung, § 164 I 1

1. Zulässigkeit der Stellvertretung
2. Abgabe einer eigenen Willenserklärung
3. „im Namen des Vertretenen“
4. „innerhalb der ... Vertretungsmacht“

## III. Beschränkt Geschäftsfähige als Vertreter

## IV. Subj. Elemente bei Rechtsgeschäften, § 166

1. Wirksamkeit von Willenserklärungen
2. Auslegung von WE'en
3. Anfechtung von WE'en eines Vertreters
4. Kenntnis oder Kennenmüssen
5. § 166 II

## V. Vollmacht

1. Def.
2. Erteilung
3. Form der Vollmachtserteilung
4. Umfang der Vertretungsmacht
5. Bevollmächtigung beschränkt Geschäftsfähiger
6. Untervollmacht
7. Erlöschen einer Vollmacht
8. Anfechtung der Vollmachtserteilung

## VI. Vertretungsmacht kraft Rechtscheins

1. §§ 170 - 173
2. Duldungsvollmacht
3. Anscheinsvollmacht
4. Vertretungsmacht kraft Rechtscheins analog § 366 HGB

## VII. Eigenhaftung des Vertreters

1. Allgemeines
2. Eigenhaftung des Vertreters

## VIII. Vertretung ohne Vertretungsmacht

1. Erfüllungsansprüche gegen den Vertretenen
2. Ansprüche gegen den „falsus procurator“
3. Ansprüche gegen den angeblich Vertretenen

## IX. § 181

1. Konstellationen
2. Ausnahmsweise Wirksamkeit
3. Eltern

## X. Missbrauch der Vertretungsmacht

1. Abgrenzung
2. Voraussetzungen
3. „Kollusion“

## XI. Prokura, §§ 48 - 53 HGB

1. Erteilung, § 48 I HGB
2. Umfang
3. Erlöschen der Prokura
4. Handlungsvollmacht, § 54 HGB
5. Ladenvollmacht, § 56 HGB

# Gesellschaftsrecht

## A. Einführung

### I. Einleitung

1. Def. Gesellschaft i.w.S.
2. Kleingruppe / Großgruppe

### II. Gemeinschaft, Gesamthand, jur. Person

1. Bruchteilsgemeinschaft
2. Gesamthandsgemeinschaft
3. Juristische Person

### III. Innenverhältnis, Außenverhältnis

### IV. Grundbegriffe des Handelsrechts

### V. Kaufleute

1. Kaufmann
2. Fallaufbau für Einzelkaufleute
3. Kaufleute kraft Gesellschaftsform

## B. Die einzelnen Gesellschaftsformen

### I. GbR

### II. OHG

### III. KG

### IV. Stille Gesellschaft

### V. Verein

### VI. Aktiengesellschaft

### VII. GmbH

### VIII. GmbH & Co. KG

### IX. Fehlerhafte Gesellschaft

1. Gründe für die Entwicklung
2. Voraussetzungen
3. Rechtsfolgen

## C. Geschäftsführung u. Vertretung

### I. Geschäftsführung

1. Definition
2. Geschäftsführung in GbR, oHG, KG
3. Geschäftsführung in der GmbH
4. Haftung bei Pflichtverletzungen

### XII. Vertretung

1. Def. „Vertretungsmacht“
2. GbR
3. oHG
4. KG
5. GmbH

## D. Gesellschaftsvermögen, Verbindlichkeiten

### I. Gesellschaftsvermögen

1. Definition „Aktiva“
2. Erwerb von Gegenständen
3. Verfügungen über Gegenstände

## II. Gesellschaftsverbindlichkeiten

1. GbR
2. oHG
3. KG
4. GmbH
5. Entstehung

## III. Haftung der Gesellschafter für Gesellschaftsverbindlichkeiten

1. GbR
2. oHG
3. KG
4. Klausuraufbau
5. Haftung bei jur. Person

## IV. Sozialansprüche u. -verbindlichkeiten

1. Definitionen
2. Verhältnis zu Individualansprüchen
3. „actio pro socio“
4. Ausgleich

## E. Gründung u. Beendigung

### I. Gründung von Gesellschaften

1. GbR
2. oHG
3. KG
4. GmbH
  - a) Vorgründungsgesellschaft
  - b) Vorgesellschaft
  - c) Eintragung in das Handelsregister
5. Ein-Mann-GmbH
6. Verein

### II. Beendigung von Gesellschaften

1. Auflösung
2. Auseinandersetzung / Liquidation

## F. Eintritt und Ausscheiden

### I. Eintritt

1. in das Unternehmen eines Einzelkaufmanns
2. Eintritt in eine Handelsgesellschaft
3. Eintritt in eine GbR

### II. Ausscheiden aus einem Unternehmen

1. Haftung für Altverbindlichkeiten
2. Ausscheiden eines Kommanditisten
3. Exkurs: Rosinentheorie

### III. Tod eines Gesellschafters

1. "Normalfall"
2. Eintrittsklausel
3. Nachfolgeklausel
4. Nachfolger als Kommanditist
5. Qualifizierte Nachfolgeklausel
6. Nichterbe als Nachfolger

# Grundprinzipien des Sachenrechts

- I. Gegenstand von Sachenrechten**
  - 1. Definitionen
  - 2. Wesentliche Bestandteile
  - 3. Scheinbestandteile
- II. Numerus clausus der Sachenrechte**
  - 1. Definition
  - 2. Grund
  - 3. Beschränkte dingliche Rechte
- III. Absolutheit von Sachenrechten**
- IV. Publizitätsprinzip**
  - 1. Übertragungswirkung
  - 2. Vermutungswirkung
  - 3. Erwerb kraft Rechtsscheins
- V. Bestimmtheitsgrundsatz**
  - 1. Inhalt
  - 2. Grund
- VI. Sicherheiten**
- VII. Treuhand**
  - 1. Definition
  - 2. Arten
  - 3. Sicherungsübereignung

# Bewegliche Sachen

- I. Besitz**
  - 1. Unmittelbarer Besitz
  - 2. Mittelbarer Besitz
  - 3. Eigenbesitz
  - 4. Possessorische Ansprüche
- II. Verfügungen**
  - 1. Eigentumsübertragung
  - 2. Verpfändung
  - 3. Exkurs: Gesetzliches Pfandrecht
- III. Erwerb kraft Rechtsscheins**
  - 1. Eigentum
  - 2. Vertragliches Pfandrecht
  - 3. Gesetzliches Pfandrecht
  - 4. Erwerb vom scheinbar verfügbaren Nichteigentümer
- IV. Lastenfreier Erwerb kraft Rechtsscheins**
- V. Originärer Eigentumserwerb**
  - 1. Verbindung und Vermischung
  - 2. Verarbeitung
  - 3. Fruchterwerb
  - 4. Aneignung
  - 5. Fund
  - 6. Ersitzung
- VI. Verfügungen unter Einschaltung Dritter**
  - 1. Hilfspersonen
  - 2. Ermächtigte

# Leistungsstörungen

## A. Grundbegriffe

- I. Primär- und Sekundärpflichten
- II. Leistung i.S.d. Schuldrecht AT
- III. Gattungsschuld und Stückschuld
  - 1. Definitionen
  - 2. Konkretisierung
- IV. Verantwortlichkeit des Schuldners, § 276
  - 1. Normaler Maßstab:
  - 2. Milderung:
  - 3. Verschärfung
  - 4. Beweislastverteilung,

## B. Ansprüche bei Pflichtverletzungen

- I. Anspruch auf Schadensersatz
  - 1. § 280 I
  - 2. Schadensersatz statt der Leistung
  - 3. Bei gegenseitigen Verträgen
- II. Aufwendungsersatz, § 284
- III. Stellvertretendes Commodum, § 285
  - 1. Anwendbarkeit
  - 2. Voraussetzungen
  - 3. Rechtsfolgen

## C. Rücktritt

- I. Voraussetzungen
  - 1. Objektive Pflichtverletzung
  - 2. Entbehrlichkeit der Fristsetzung
  - 3. Ausschluss des Rücktritts
  - 4. Zeitliche Begrenzung
  - 5. Rücktritt und Schadensersatz
- II. Ansprüche im Falle des Rücktritts
- III. Exkurs: Fixgeschäfte
  - 1. Def. „Fixgeschäft“
  - 2. Fixhandelskauf, § 376 HGB

## D. Unmöglichkeit

- I. Begriff
  - 1. Def. „Unmöglichkeit“
  - 2. Primärpflicht
- II. Grenzfälle
  - 1. Leistungserschwerung aus materiellen Gründen, § 275 II
  - 2. Leistungserschwerung aus immateriellen Gründen, § 275 III
- III. Zweckstörung
  - 1. Zweckerreichung
  - 2. Zweckfortfall
  - 3. Zweckvereitelung
- IV. Gegenleistung, § 326 I 1 HS. 1
  - 1. „Konditionelles Synallagma“
  - 2. § 326 II 1
  - 3. § 326 IV
  - 4. § 326 III
  - 5. Rücktrittsrecht nach § 326 V
- V. Fälle

## E. Verzögerung der Leistung

- I. Einführung
  - 1. Schuldnerverzug
  - 2. Rechtsfolgen des Verzugs
- II. Voraussetzungen des Verzugs, § 286
  - 1. Vollwirksamer Anspruch
  - 2. „Mahnung“
  - 3. Nichtleistung
  - 4. Ende des Verzugs

## F. Gläubigerverzug, §§ 293 - 304

- I. Voraussetzungen
  - 1. Leistung nicht unmöglich
  - 2. Angebot
  - 3. Nichtannahme der Leistung
- II. Ausschluss des Gläubigerverzugs
  - 1. Vorübergehendes Unvermögen des S
  - 2. Vorübergehende Annahmeverhinderung
- III. Rechtsfolgen

## G. Gefahrtragung

- I. Leistungsgefahr
  - 1. Stückschulden
  - 2. Sonstige Schulden
  - 3. Vorratsschuld
  - 4. Übergang der Leistungsgefahr auf G
  - 5. Geldschulden, § 300 II analog
- II. Gegenleistungsgefahr
  - 1. Regel
  - 2. Ausnahmen
- III. Fälle zur Gefahrtragung

## H. Culpa in contrahendo (c.i.c.)

- I. Einführung
  - 1. Grund für Entstehung u. Durchsetzung
  - 2. Normierung in §§ 241 II, 311 II
  - 3. Herleitung
- II. Schadensersatzanspruch aus § 280 I
- III. Inhalt des Anspruchs
- IV. Fallgruppen
  - 1. Verletzung von Schutzpflichten
  - 2. Abbruch von Vertragsverhandlungen
  - 3. Verschweigen von Tatsachen,
  - 4. Unwirksamkeit von Verträgen
  - 5. Inhaltlich nachteilige Verträge
- V. Haftung für Erfüllungsgehilfen

## J. Störung der Geschäftsgrundlage, 313

- I. TB des § 313 I
- II. Fallgruppen
- III. Rechtsfolgen
  - 1. Grds: Anpassung
  - 2. § 313 I als Anspruchsgrundlage
  - 3. Klageantrag
- IV. Konkurrenz zu § 275 II, III

## K. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund

# Kaufrecht

## I. Abgrenzung zu anderen Vertragstypen

## II. Kaufgegenstand

## III. Verkäuferpflichten beim Sachkauf

1. Eigentumsverschaffung
2. Übergabe
3. Frei von Sachmängeln, § 434
4. Frei von Rechtsmängeln, § 435

## IV. Verkäuferpflichten beim Rechtskauf

## V. Käuferpflichten

1. Zahlung des Kaufpreises, § 433 II Fall 1
2. Abnahmepflicht, § 433 II Fall 2
3. Nebenpflichten des K

## VI. Rechte des Käufers bei Mängeln, § 437

1. Übersicht über die einzelnen Rechte
2. Übersicht über mögliche Einwendungen

## VII. Sachmangel, § 434

1. Soll- und Ist-Beschaffenheit
2. „Aliud-Lieferungen“
3. Öffentliche Äußerungen

## VIII. Nacherfüllungsanspruch, § 439

1. Vorrangigkeit
2. Wahlrecht des Käufers
3. Unmöglichkeit der Nacherfüllung
4. Verweigerung der Nacherfüllung
5. Fehlschlagen der Nacherfüllung

## IX. Rücktritt vom Kaufvertrag

1. Voraussetzungen
2. Rechtsfolgen

## X. Minderung des Kaufpreises

1. Voraussetzungen
2. Rechtsfolgen

## XI. Anspruch auf Schadensersatz

1. Voraussetzungen
2. „Schadensersatz statt der Leistung“

## XII. Die Verjährung der Mängelansprüche

1. Wichtige Unterscheidung
2. § 438 I
3. Hemmung der Verjährung

## XIII. Anzeige- / Rügeobliegenheit beim Handelskauf, § 377 HGB

1. Inhalt
2. Voraussetzung
3. Rechtsfolgen einer unterlassenen Rüge
4. Reichweite der Obliegenheit
5. Exkurs: Handelsgeschäft, §§ 343 – 372

## XIV. Verbrauchsgüterkauf, §§ 474 – 479 BGB

1. Begriff, § 474 I 1 HS. 1
2. Anwendbare Vorschriften, § 474 I 1 HS. 2
3. Von §§ 433 – 435, 437, 439 – 443, 476, 477 abweichende Vereinbarungen
4. Erleichterungen der Verjährung
5. Umgehungsverbot, § 475 I 2
6. Beweislastumkehr, § 476
7. Garantien, § 477
8. Der Rückgriff des Unternehmers beim Verbrauchsgüterkauf, §§ 478, 479

## XV. Fälle

# Werkvertrag

## I. Einleitung

1. Abgrenzung zum Dienstvertrag
2. Abgrenzung zum Kaufvertrag
3. Anwendungsbereich des Werkvertragsrechts
4. VOB
5. Generalunternehmer
6. Schwarzarbeit
7. „Kauf“ vom Bauträger

## II. Pflichten der Vertragsparteien

1. Allgemeines
2. Vereinbarte Vergütung

## III. Rechte wegen Sachmängeln

1. Nacherfüllung, §§ 634 Nr. 1, 635
2. Selbstvornahme, §§ 634 Nr. 2, 637
3. Rücktritt, § 634 Nr. 3
4. Schadensersatz, § 634 Nr. 4
5. Verjährung der Mängelrechte, § 634a

## IV. Abnahme, § 640

1. Wirkung
2. Definition
3. Fertigstellungsbescheinigung, § 641a

## V. Gefahrtragung, §§ 644, 645

## VI. Unternehmerpfandrecht, § 647

1. Zweck
2. Umfang
3. Gutgläubiger Erwerb

## VII. Sicherungshyp<sup>1</sup> des Bauunternehmers,

## VIII. Sicherheitsleistung des Bestellers

# Zession - Schuldübernahme - Vertragsübernahme

## A. Zession

### I. Übertragung von Forderungen

1. Abtretung
2. Rechtsnatur
3. Akzessorische Sicherungsrechte
4. Zessionsausschluss
5. Erwerb kraft Rechtsscheins

### II. Einwendungen

1. gegen zedierte Forderung
2. gegen die Abtretung selbst
3. gegen zugrundeliegendes Kausalgeschäft

### III. Aufrechnung nach einer Zession

1. gegenüber dem Zessionar
2. gegenüber dem Zedenten

### IV. Leistung an Nichtberechtigte

1. Zedenten
2. Zweitzessionar
3. Scheinzessionar

## B. (Befreiende / privative) Schuldübernahme

### I. Definition

### II. Rechtsnatur

### III. Vertragsparteien

1. § 414
2. § 415

### IV. Hypothekarisch gesicherte Schuld

### V. Einwendung des Übernehmers

1. aus dem Verhältnis G - Schuldner
2. aus dem Verhältnis G - Übernehmer
3. Anfechtung

### VI. Akzessorische Recht

## C. Vertragsübernahme

# Vertrag zugunsten Dritter

## I. Einleitung

1. Grundkonstellation
2. Arten
3. Zweck

## II. Rechtsverhältnisse

1. Deckungsverhältnis
2. Valutaverhältnis
3. Vollzugsverhältnis

## III. Erfüllungsübernahme

# Einwendungen und Einreden

## I. Erfüllung und Erfüllungssurrogate

1. Erfüllung, § 362 I
2. Unbare Zahlung bei Geldschulden
3. Leistung an Minderjährige
4. Leistung durch Dritte
5. Leistung an Dritte
6. Annahme an Erfüllungs Statt, § 364 I
7. Leistung erfüllungshalber, § 364 II
8. Inzahlunggabe von Gegenständen

## II. Hinterlegung

## III. Aufrechnung

1. Definitionen
2. Wirkung
3. Aufrechnungserklärung, § 388
4. Aufrechnungslage, § 387
5. Ausschluss der Aufrechnung
6. §§ 391 – 394
7. Aufrechnungsvertrag

## IV. Erlass u. negatives Schuldanerkenntnis

1. Erlassvertrag, § 397 I
2. Negatives Schuldanerkenntnis, § 397 II
3. Pactum de non petendo

## V. Ausschlussfristen

## VI. Verjährung

1. Wirkung des Ablaufs einer Verjährungsfrist
2. Regelmäßige Verjährungsfrist
3. Besondere Verjährungsregelungen
4. Vereinbarungen über die Verjährung
5. Neubeginn der Verjährung, § 212
6. Hemmung der Verjährung
7. „Venire contra factum proprium“, § 242
8. Wirkung der Verjährung auf Sekundäransprüche
9. Fortbestand von Sicherheiten

# Darlehen Teilzahlungsgeschäfte Leasing

## A. Darlehensvertrag

### I. Einführung

### II. Verzinsung

### III. Rückzahlung

### IV. Wucherdarlehen, § 138 II

1. § 138 II als lex specialis
2. Rechtsfolgen
3. Voraussetzungen

### V. Wucherähnliche Darlehen

1. Scheitern des § 138 II
2. Sittenwidrigkeit nach § 138 I
3. Auffälliges (objektiv krasses) Missverhältnis

### VI. Verbraucherdarlehensvertrag, §§ 491 - 498

1. Def., § 491 I
2. Zweck der Sonderregelung
3. Prüfungsreihenfolge in der Klausur:

## B. Teilzahlungsgeschäfte und finanzierte Geschäfte

### I. Teilzahlungsgeschäfte

1. Legal-Def., § 499 II
2. Prüfungsreihenfolge in der Klausur

### II. (Dritt-)Finanzierte Geschäfte

1. Definition
2. Anwendbarkeit der §§ 358, 359
3. Täuschung betr. Darlehensvertrag

## C. Finanzierungsleasing

### I. Einführung

1. Definition
2. Zweck des Leasing
3. Rechtsnatur

### II. Störungen

1. Nichtlieferung / Verspätete Lieferung
2. Rechtsmängel
3. Zufällige Vernichtung oder Verschlechterung des Leasingguts beim LN
4. Sachmängel

### III. Arglistige Täuschung durch den Lieferanten

### IV. Verbraucher

### V. Klausurtechnik

# Personalsicherheiten

## A. Bürgschaft, §§ 765 ff

### I. Einführung

1. Def.
2. Klausuraufbau

### II. Bürgschaftsverpflichtung

1. Entstehung
2. Form
3. Einwendungen

### III. Hauptverbindlichkeit

### IV. Auswirkungen auf die B-Verpflichtung

1. Bestehen der B-Verpflichtung
2. Einreden gegen Hauptverbindlichkeit

### V. Regressanspruch des Bürgen

1. Gegen den Hauptschuldner
2. Regress von Mitbürgen
3. Regress: Bürgschaft und (Grund-)Pfandrecht

### VI. Bürgschaft als Verbraucherdarlehen

### VII. Bürgschaft als Haustürgeschäft

### VIII. Anhang: Besondere Arten der Bürgschaft

1. Bürgschaft „auf erstes Anfordern“
2. Ausfallbürgschaft
3. Nachbürgschaft
4. Rückbürgschaft

## B. Schuldbeitritt

### I. Zustandekommen

### II. Vorauss. für das Entstehen einer Verbindlichk.:

### III. Rechtsfolgen

### IV. Einwendungen des Beitretenden

### V. Sachliches oder wirtschaftliches Interesse

### VI. Umdeutung (§ 140)

### VII. Schuldbeitritt und VerbrKrG

### VIII. Regress: Bürgschaft und Schuldbeitritt

## C. Garantievertrag

### I. Zustandekommen

### II. Einreden aus dem Valutaverhältnis

### III. Umdeutung

### IV. Sonderfall: Zahlungsgarantie

# Bedingungen

### 1. Definition

### 2. Aufschiebende Bedingungen

### 3. Auflösende Bedingungen

### 4. Zwischenverfügungen

### 5. § 162

# Mobiliarsicherheiten

## I. Einführung

1. Begriff
2. Examensrelevanz

## II. Pfandrecht, §§ 1204 - 1258

1. Def.
2. Arten von Pfandrechten
3. Nachteile von vertraglichen Pfandrechten

## III. Sicherungseigentum

1. Def.
2. Grund für die Durchsetzung
3. Sicherungsübereignung, §§ 930, 929
4. Sicherungsvertrag / Sicherungsabrede
5. Antizipierte Sicherungsübereignung
6. Annex: Aussonderung und Absonderung

## IV. Eigentumsvorbehalt

1. Entstehung
2. Rechtsposition des Erwerbers
3. EV und Sicherungsübereignung
4. Nachträglicher Eigentumsvorbehalt
5. Verlängerter Eigentumsvorbehalt
6. Verlängerter EV und Globalzession
7. Verlängerter EV und Factoring
8. Weitergeleiteter EV
9. Nachgeschalteter EV
10. Kontokorrent-EV
11. Global-EV
12. Verarbeitungs-EV

## V. Kollisionsfälle

# Immobilien

## I. Verfügungen

## II. Grundbuch

1. Eintragungsfähige Rechte
2. Antragsprinzip
3. Bewilligungsgrundsatz
4. Voreintragungsgrundsatz
5. Prioritätsprinzip
6. Rechtsbehelfe

## III. Rang von Grundstücksrechten

1. Wirtschaftliche Bedeutung
2. Grundsätze

## IV. Auflassungsanwartschaft

1. Begriff
2. Schutz
3. Übertragung
4. Schutz gegen Zwischenverfügungen

## V. Schutz gegen Verfügungsbeschränkungen

1. Zweck
2. Voraussetzungen

## VI. Erwerb von Rechten kraft Rechtscheins

1. Regelungsort
2. Einwendungen

## VII. Schutz des wahren Berechtigten gegen Verfügungen des Buchberechtigten

1. Grundbuchberichtigung
2. Widerspruch

# Hypothek Grundschild

## I. Rechtswirkungen

1. Rechtsnatur
2. Umfang der Hyp'- / GS-Haftung
  - a) Grundstück
  - b) Erzeugnisse u. sonstige Bestandteile insb. Enthftung

## II. Akzessorietät

1. Strikte Akzessorietät
2. Gelockerte Akzessorietät
3. Keine Akzessorietät

## III. Grundkonstellation

## IV. Ersterwerb

1. vom Berechtigten
2. kraft Rechtsscheins
3. Hyp / GS ohne Forderung
  - a) Darlehen noch nicht ausgezahlt
  - b) Darlehen schon zurückgezahlt
  - c) Darlehensvertrag nichtig
4. Einreden gegen Hyp / GS
5. Einreden gegen Forderung

## V. Zweiterwerb

1. vom Berechtigten
2. kraft Rechtsscheins
  - a) Hyp'/GS vom Buheigentümer bestellt
  - b) Hyp'/GS-Bestellung unwirksam
  - c) Keine wirksame Forderung



## VI. Dritterwerb kraft Rechts Scheins

## VII. Einredefreier Erwerb kraft Rechts Scheins

1. Einreden gg. Hyp'/GS
2. Einreden gg. Forderung

## VIII. Befriedigung des Gläubigers

1. Vorüberlegung
2. durch den Eigentümer
3. durch den persönlichen Schuldner
4. durch Dritte

## IX. Leistung an Nichtberechtigte

1. Althypothekar/Alt-GS-Gläubiger
2. Schein-Hypothekar / -GS-Gläubiger

## X. GS: Divergenzfälle auf der Aktivseite

1. Übertragung nur der GS
2. Abtretung nur der Forderung

## XI. Eigentümer-Hyp und -GS

1. Rechtsnatur
2. Entstehung

## XII. Lösungsanspruch und -vormerkung

## XIII. Annex: Vormerkung

1. Zweck
2. Rechtsnatur
3. Rechtswirkungen
  - a) Sicherungswirkung
  - b) Vollwirkung
  - c) Rangwirkung
4. Ersterwerb
5. Ersterwerb kraft Rechts Scheins
6. Zweiterwerb
7. Zweiterwerb kraft Rechts Scheins
8. Relatives Verfügungsverbot
9. Erwerbsverbot

# Geschäftsführung ohne Auftrag

## I. Einführung

1. Begriff
2. Funktion
3. Grundbegriffe

## II. Prüfungsreihenfolge

1. Echte GoA
2. Berechtigte GoA
3. Unberechtigte GoA
4. Unechte GoA

## III. Ansprüche des Geschäftsherrn

1. Herausgabe einer Sache
2. Nutzungen
3. Veräußerung
4. Verarbeitung
5. Verbrauch
6. Beschädigung

## IV. Aufwendungsersatz

## V. "Auch-fremdes Geschäft"

# Vindikationsrecht

## I. Sinn und Zweck der §§ 987 - 1003

## II. Vindikationslage

1. Nicht mehr berechtigter Besitzer
2. Noch nicht berechtigter Besitzer
3. Nicht so berechtigter Besitzer
4. Umwandlung von berechtigtem Fremdbesitz

## III. Verweisungen auf Vindikationsrecht

## IV. Ansprüche des Eigentümers aus §§ 987 ff.

1. Herausgabe / Ersatz von Nutzungen
2. Schadenersatz wegen Beschädigung oder Zerstörung

## V. Bösgläubigkeit

1. Bezugspunkt: Besitzrecht
2. Zurechnung des Wissens Dritter
3. Bösgläubigkeit Minderjähriger

## VI. Teleologische Reduktion des 993 a.E.

1. Rechtsgrundloser Besitzer
2. Fremdbesitzerexzess

## VII. Haftung des Besitzmittlers

## VIII. Verwendungsersatz

1. Def. "Verwendung"
2. Zweck der §§ 994 - 996
3. Konkurrenzen
4. Anspruchsinhaber
5. Unverklagter redlicher Besitzer
6. Verklagter / unredlicher Besitzer
7. § 1001 S. 1
8. § 1001 S. 2, 1002 I

# Deliktsrecht

## A. Arten der Haftung

- I. Verschuldenshaftung
- II. Haftung aus widerleglich vermutetem Verschulden
- III. Gefährdungshaftung
- IV. Zufallshaftung

## B. Prüfungsreihenfolge bei § 823 I und II

- I. Übersicht
  - 1. Haftungsbegründung
  - 2. Haftungsausfüllung
- II. Verletzungshandlung
- III. Tatbestandsmäßiger Erfolg
- IV. Haftungsbegründung
- V. Exkurs: Verkehrs(sicherungs)plichten
  - 1. Funktion
  - 2. Bedeutung in der Klausur
  - 3. Prüfschema
- VI. Rechtswidrigkeit
- VII. Schuld
- VIII. Haftungsausfüllende Kausalität
- IX. Schaden
- X. Verjährung, § 852

## C. Kleine deliktische Generalklauseln

### D. § 823 I

- I. Geschützte Rechtsgüter:
- II. Geschützte Rechte:
  - 1. Eigentum
  - 2. „Sonstige“ (absolute) Rechte:

### E. § 823 II

### F. § 826

### G. §§ 831 – 838

- I. Funktion
- II. § 831 - Prüfschema
- III. § 832 - Prüfschema
- IV. § 833 – Tierhalterhaftung
- V. Exkurs: Gefährdungshaftung des § 7 StVG

## H. Rechtsfolgen der deliktischen Haftung:

- I. Deliktischer Schadensersatzanspruch
- II. Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche

## J. Produzentenhaftung nach § 823 I BGB

- I. Hintergrund
- II. Die Produzentenhaftung
  - 1. Voraussetzungen
  - 2. Beweislastregeln

## K. Haftung nach dem ProdHaftG

- I. Rechtsnatur
- II. AGL: § 1 I 1 ProdHG.
- III. Voraussetzungen
- IV. Schwachpunkte des Produkthaftungsgesetzes

# Haftung bei Verhalten Dritter

## A. § 278

- I. Normzweck
- II. Prüfschema
  - 1. Vorliegen einer Sonderverbindung
  - 2. Erfüllungsgehilfe oder gesetzlicher Vertreter.
  - 3. Tätigwerden in Erfüllung einer Verbindlichkeit.
  - 4. Verschulden der Hilfsperson.

## B. § 831

- I. Allgemeines
- II. Prüfschema
  - 1. Anspruchsgegner
  - 2. TB-mäßige, rechtswidrige unerl. Handlung
  - 3. Handlung in Ausführung der Verrichtung
  - 4. Keine Exkulpation nach § 831 I 2.

## C. Organhaftung, § 31

- I. Grundsatz
- II. Anwendungsbereich des § 31
- III. Zugerechnetes Verhalten
  - 1. Repräsentantenhaftung
  - 2. Lehre vom Organisationsmangel:
  - 3. „in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtung“
  - 4. Überschreitung der Vertretungsmacht

# Kausalität und Zurechnung

- I. Haftungsbegründung u. Haftungsausfüllung
- II. Äquivalenztheorie
- III. Kumulative Kausalität
- IV. Abgebrochene Kausalität
- V. Hypothetische Kausalität ("Reserveursachen")
- VI. Alternative Kausalität, § 830 I 2
- VII. Adäquanztheorie
- VIII. Schutzzweck der Norm
  - 1. Def. "Schutzzweckzusammenhang"
  - 2. Funktion
  - 3. Dogmatische Einordnung
  - 4. Fahrlässig herbeigeführten Folgen
  - 5. Folgen im Bereich der Gefährdungshaftung
  - 6. Folgeschäden
  - 7. "Schockschäden"
  - 8. "Anknüpfungs- / Herausforderungs-Fälle"
- IX. Pflichtwidrigkeitszusammenhang
  - 1. Def.
  - 2. Funktion
  - 3. Dogmatische Einordnung
  - 4. Leitentscheidungen

# Schadensrecht

## A. Einleitung

- I. Geltungsbereich der §§ 249 - 255
- II. Grundsatz der Totalreparation
- III. Schadensbegriff

## B. Struktur des zu leistenden Schadensersatzes

- I. Integritäts- und Wertinteresse
- II. Integritätsinteresse
- III. Wertinteresse / Kompensationsinteresse
- IV. Entgangener Gewinn, § 252
- V. Vorteilsausgleichung
  - 1. Ratio
  - 2. Geltungsbereich
  - 3. Voraussetzungen
  - 4. Fallgruppen
  - 5. Nicht anzurechnende Vorteile

## C. Ersatz immaterieller Schäden

- I. Grundsatz, § 253
- II. Immaterieller Schaden oder materieller Schaden?
  - 1. bei fehlgeschlagenen Aufwendungen
  - 2. bei entgangenen Gebrauchsvorteilen
  - 3. bei vertanem Urlaub.
- III. Schmerzensgeld, § 847
  - 1. Funktionen
  - 2. RF: „Billige Entschädigung in Geld“

## D. Mitwirkendes Verschulden, § 254

- I. Mitwirkendes eigenes Verhalten
- II. Zurechnung des Verhaltens von gesetzlichen Vertretern oder Gehilfen

## E. Drittschäden

- I. Einführung
- II. Tötung / Verletzung von Unterhaltsverpflichteten
- III. Tötung und Verletzung von Dienstverpflichteten,
- IV. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte
  - 1. Grds.
  - 2. Ausnahme
  - 3. Konstruktiver Unterschied zur DSL:
  - 4. Rechtsfolge:
  - 5. Voraussetzungen des VmSfD:
  - 6. Einwendungen des S:
  - 7. Konkurrenz zur DSL
  - 8. Entwicklung der Rechtsfigur
- V. Drittschadensliquidation
  - 1. Problemlage
  - 2. Voraussetzungen
  - 3. Fallgruppen
  - 4. Rechtsfolgen der Drittschadensliquidation

# Bereicherungsrecht

## I. Funktion

## II. Leistungskondiktion

1. Leistung
2. *condictio indebiti*
  - a) *"ohne rechtlichen Grund"*
  - b) Peremptorische Einrede, § 813
  - c) Einwendung: § 814
3. *condictio ob causam finitam*
4. *condictio ob rem*
  - a) Definition
  - b) Abgrenzung zur Geschäftsgrundlage
5. *condictio ob turpem vel iniustam causam*
  - a) Definition
  - b) Konditionssperre: § 817 S. 2
  - c) Analogie zu § 817 S. 2

## III. Nichtleistungskondiktion

1. Prüfungsreihenfolge
2. *"ohne rechtlichen Grund"*
3. *"auf dessen Kosten"*
4. Eingriffskondiktion
5. Verwendungskondiktion
6. Rückgriffskondiktion
7. Aufwendungskondiktion

## IV. Drei-Personen-Verhältnisse

1. Leistungskette
2. Subsidiaritätsgrundsatz
3. Durchlieferung
4. Abgekürzte Lieferung
5. Anweisungsverhältnisse
6. Vertrag zugunsten Dritter
7. Regeln für die Kondiktion bei 3 Personen

## V. § 818 III

1. Funktion des § 818 III
2. § 818 III und gegenseitige Verträge
3. Einschränkungen der Saldotheorie

# Rückgriff

## I. Einführung

### 1. Ziel des Rückgriffs:

### 2. Techniken

- a) Legalzession von Ansprüchen gegen Dritte
- b) Pflicht zur Abtretung
- c) Neuer Anspruch
- d) Kombination von a) und c)
- e) Rückgriffskondiktion.

## II. Rückgriff i.R.d. § 426

1. Def. Gesamtschuld, § 421:
2. Anwendbarkeit des § 426
3. Fall (nach BGHZ 52, 39)

## III. Rückgriff nach Entgeltfortzahlung

## IV. Gestörter Gesamtschuldnerausgleich

1. Vertragliche Haftungsbeschränkungen
2. Gesetzliche Haftungsbeschränkungen

## V. Haftungsbeschränkungen und Dritte

## VI. Verjährungsvorschriften und Dritte

# ZPO - Erkenntnisverfahren

## I. Sachentscheidungs Voraussetzungen und Prozesshindernisse

1. Ordnungsgemäße Klagerhebung
2. Sachentscheidungs Voraussetzungen, die das Gericht betreffen
3. Sachentscheidungs Voraussetzungen, die die Parteien betreffen
4. Sachentscheidungs Voraussetzungen, die den Streitgegenstand betreffen
5. Prüfung
6. Prozesshindernisse

## II. Zuständigkeiten

1. Deutsche Gerichtsbarkeit
2. Rechtsweg
3. Internationale Zuständigkeit
4. Sachliche Zuständigkeit
5. Örtliche Zuständigkeit
- 5a. Funktionelle Zuständigkeit
- 5b. Geschäftsverteilung
6. Zuständigkeitsvereinbarung
7. Entscheidung bei Unzuständigkeit
8. Perpetuatio fori
9. Überblick über den Instanzenzug

## III. Parteien

1. Parteibegriff
2. Existenz der Parteien
3. Parteifähigkeit
4. Prozessfähigkeit
5. Prozessführungsbefugnis
6. Streitgenossenschaft \*
7. Nebenintervention \*
8. Streitverkündung \*

## IV. Verfahrensgrundsätze

1. Dispositionsgrundsatz
2. Beibringungsgrundsatz
3. Wahrheitspflicht \*
4. Richterliche Aufklärungspflicht \*
5. Konzentrationsmaxime \*

## V. Prozesshandlungen

1. Definition
2. Voraussetzungen
3. Bedingungen
4. Widerruf
5. Anfechtbarkeit
6. Postulationsfähigkeit
7. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

## VI. Klage und Streitgegenstand

1. Klagarten
2. Rechtsschutzbedürfnis
3. Streitgegenstand

4. Rechtshängigkeit
5. Klagänderung
6. Gewillkürter Parteiwechsel \*
7. Klagehäufung
8. Veräußerung der Streitsache

## VII. Das Verhalten des Beklagten

1. Zulässigkeitsstreit \*
2. Einlassung zur Hauptsache \*
3. Prozessaufrechnung \*
4. Widerklage

## VIII. Beweis

1. Gegenstand
2. Beweisarten
3. Behauptungs- und Beweislast
4. Gesetzliche Tatsachenvermutungen \*
5. Gesetzliche Rechtsvermutungen \*
6. Prima-Facie-Beweis

## IX. Beendigung des Verfahrens

1. Klagrücknahme
2. Klageverzicht
3. Übereinstimmende Erledigungserklärung
4. Einseitige Erledigungserklärung
5. Prozessvergleich

## X. Entscheidungen des Gerichts

1. Arten
2. Form der Urteile \*
3. Arten von Urteilen
4. Wirkungen von Urteilen
5. Wirkungslose (nichtige) Urteile \*
6. Rechtskraft

## XI. Versäumnisverfahren

1. Voraussetzungen eines Versäumnisurteils
2. Entscheidungen
3. R'Behelf gegen VU: Einspruch

## XII. Urkundenprozess, §§ 592 - 605 a \*

## XIII. Mahnverfahren, §§ 688 ff. \*

## XIV. Rechtsmittel

1. Wirkungen
2. Arten
3. Prüfungsreihenfolge \*
4. Revision \*

## XV. Prozesskostenhilfe \*

1. Voraussetzungen
2. Wirkungen

## XVI. Vorläufiger Rechtsschutz

1. Einführung
2. Arrest
3. Einstweilige Verfügung
4. Schadensersatz

# Zwangsvollstreckungsrecht

## A. Grundbegriffe

- I. Begriff der Zwangsvollstreckung
- II. Organe der ZV
- III. Parteien der ZV
- IV. Voraussetzungen der ZV
  - 1. Titel
  - 2. Vollstreckungsklausel
  - 3. Zustellung
  - 4. Besondere Voraussetzungen
- V. Zulässigkeit von Vollstreckungsakten

## B. Rechtsbehelfe in der ZV

- I. Ziel und Zweck
- II. Procedere

## C. Vollstreckungsgegenklage

- I. Rechtsnatur
- II. Zulässigkeit
  - 1. Statthaftigkeit
  - 2. Zuständigkeit
  - 3. Rechtsschutzbedürfnis
  - 4. Präklusion
- III. Begründetheit
  - 1. Sachbefugnis
  - 2. Materiellrechtl. Einwendungen
  - 3. Präklusion

## D. Drittwiderspruchsklage

- I. Funktion und Rechtsnatur
- II. Zulässigkeit
  - 1. Statthaftigkeit
  - 2. Örtliche Zuständigkeit
  - 3. Sachliche Zuständigkeit
  - 4. Rechtsschutzbedürfnis
- III. Begründetheit:  
Die Veräußerung hinderndes Recht

## E. Klage auf vorzugsweise Befriedigung

- *Im Skript Assessorexamen* -

## F. Vollstreckungsklausel

- *Im Skript Assessorexamen* -

## G. Rechtsbehelfe bei Vollstreckungsfehlern

- *Im Skript Assessorexamen* -

## H. ZV wegen Geldforderungen in bewegl. Sachen, §§ 808 - 827

### I. Pfändung

- 1. Def: Beschlagnahme kraft Hoheitsakts
- 2. Durchführung
- 3. Rechtswirkungen der Pfändung
- 4. Verstrickung
- 5. Pfändungspfandrecht, § 804 I

### II. Verwertung beweglicher Sachen, §§ 814 - 825

- 1. Öffentliche Versteigerung, §§ 814 - 819
- 2. Anderweitige Verwertung, § 825
- 3. Entgegennahme des Erlöses durch den GV

### III. Auskehr des Erlöses an VG

- 1. Rechtslage vor Auskehr
- 2. Rechtswirkungen der Auskehr

## J. ZV in Forderungen und andere Vermögensrechte

### I. Einleitung

### II. Durchführung der ZV

- 1. Pfändungsbeschluss
- 2. Überweisungsbeschluss

### III. Unpfändbarkeit

### IV. ZV in Bankkonten

### V. ZV in Ansprüche

### VI. ZV in andere Vermögensrechte

### VII. ZV in Anwartschaftsrecht an Mobilien

## K. Immobilierzwangsvollstreckung

- *Im Skript Assessorexamen* -

## K. Naturalexekution

- *Im Skript Assessorexamen* -

# Familienrecht

## I. Gegenstand des Familienrechts

## II. Nichteheleiche Lebensgemeinschaft

## III. Ehe

1. Definition
2. Rechtsverhältnis zwischen den Ehegatten
3. Eigentumsvermutungen
4. Zustimmungsbefürchtete Geschäfte
5. Rechtliche Situation nach Scheidung der Ehe
6. Zugewinnngemeinschaft

## IV. Verwandtschaft

1. Wer ist mit wem verwandt?
2. Eheleiche Abstammung
3. Nichteheleiche Abstammung
4. Verwandtenunterhalt

## V. Elterliche Sorge

1. Begriff
2. Personensorge
3. Vermögenssorge
4. Vertretungsmacht

## VI. Nichteheleiches Kind

## VII. Vormundschaft u. Betreuung

## VIII. Pflegschaft

# Erbrecht

## I. Einführung

1. Gegenstand des Erbrechts
2. Erbfähigkeit, § 1923
3. Universalsukzession
4. Testierfreiheit
5. Inhalt einer Verfügung von Todes wegen

## II. Gesetzliche Erbfolge

1. Parentelsystem, §§ 1924 - 1928 II
2. Repräsentationssystem, §§ 1924 II, 1925 II
3. Erbfolge nach Stämmen, §§ 1924 III
4. Erbfolge nach Linien, §§ 1925 III 1, 1926 III 1
5. Gradualsystem, §§ 1928 III, 1929 II
6. Erben mit mehrfacher Verwandtschaft
7. Ehegattenerbrecht, § 1931
8. Erbrecht nichteheleicher Kinder

## III. Annahme und Ausschlagung

1. Annahmeerklärung
2. Ausschlagung
3. Verwaltungsmaßnahmen vor Ausschlagung
4. Anfechtung von Annahme u. Ausschlagung,

## IV. Erbenhaftung

1. Unbeschränkte Erbenhaftung, § 1967 I,
2. Arten von Nachlassverbindlichkeiten
3. Dreimonatseinrede, § 2014
4. Nachlassverwaltung u. NachlaßinsolvenzVf,
5. Dürftigkeitseinrede, §§ 1990 I 1 a.E.
6. Prozessuales (ass)
7. Titel gegen den Erblasser (ass)

## V. Erbschaftsanspruch

1. Zweck
2. Rechtsnatur
3. Herausgabepflicht des E-Besitzers
4. Anspr. auf Verwendungersatz

## VI. Erbengemeinschaft

1. Gesamthand
2. Verwaltung des Nachlasses, § 2038
3. Einziehung von Forderungen, § 2039
4. Dingliche Surrogation an;
5. Anspruch auf Auseinandersetzung (ass)
6. Durchführung der Auseinandersetzung (ass)
7. Haftung von Miterben, § 2058 (ass)
8. Annex: Bruchteilsgemeinschaft (ass)

## VII. Testament

1. Definition
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen
  - a) Persönl. Errichtung
  - b) Testierfähigkeit sein,
  - c) Testierwillen
  - d) Form
3. Auslegung von Testamenten, § 133
  - a) Grundregel
  - b) Formgültigkeit
  - c) Bei Falschbezeichnung
  - d) Auslegungs- und Ergänzungsregeln
  - e) „Wohllollende Auslegung“, § 2084
  - f) Ergänzende Auslegung
4. Sittenwidrigkeit, § 138
5. Widerruf eines Testaments, §§ 2253 - 2258
6. Anfechtung, §§ 2078 - 2084
  - a) Anfechtungsgründe, §§ 2078, 2079
  - b) Anfechtungsberechtigte
  - c) Anfechtungserklärung
  - d) Wirkung der Anfechtung
  - e) Rechtsfolgen der Nichtigkeit

## 7. Gemeinschaftliches Testament

- a) Definition
- b) Errichtung
- c) Auslegung
- d) Arten
- e) Wechselbezügliche Verfügungen

## 8. Berliner Testament

- a) Überlebender als Vollerbe
- b) Überlebender als Vorerbe
- c) Wiederverheiratungsklauseln

## VIII. Erbvertrag

1. Rechtsnatur: Doppelnatur
2. Vertragsmäßige und einseitige Verfügungen
3. Relevanz der Differenzierung
4. Rechtsstellung des Erblassers
  - a) Grundsatz
  - b) Verfügungsunterlassungsvertrag
  - c) Beeinträchtigende Schenkungen

## IX. Inhalt von Verfügungen v.T.w.

1. Erbeinsetzung, §§ 1937, 1941, 2087 - 2099
  - a) Entscheidende Kriterien
  - b) Anwachsung, § 2094
  - c) Ersatzerbfolge, § 2096
2. Vor- und Nacherbschaft
  - a) Begriff, § 2100
  - b) Zweck
  - c) Abgrenzung
  - d) Rechtsstellung des Vorerben
  - e) Rechtsstellung des Nacherben
  - f) Dingliche Surrogation, § 2111.
  - g) Wirkungen des Nacherbfalls
3. Vermächtnis, §§ 1939, 1941, 2147 - 2191
  - a) Rechtsnatur, § 2174
  - b) Vorausvermächtnis, § 2150
  - c) Verschaffungsvermächtnis, § 2170
4. Auflage, §§ 1940, 2192 - 2196
5. Testamentsvollstreckung, §§ 2197 - 2228
  - a) Zweck
  - b) Anordnung (ass)
  - c) Ernennung des T-Vollstreckers (ass)
  - d) Arten der Testamentsvollstreckung (ass)
  - e) Rechtsstellung des T-Vollstreckers
  - f) Rechtsstellung des / der Erben (ass)

## X. Schenkungsversprechen v. Todes wegen

1. Anwendungsbereich des § 2301
2. Zweck des § 2301
3. Rechtsfolge
4. Vollzug
5. Verträge zugunsten Dritter auf den Todesfall
6. Postmortale Vollmacht

## XI. Pflichtteil

1. Definition
2. Berechtigte:
3. Pflichtteilsrestanspruch, § 2305 (ass)
4. Beschwerden, § 2306 (ass)

## 5. Vermächtnis, § 2307 (ass)

6. Anrechnung von Zuwendungen, § 2315 (ass)
7. Ausgleichung, § 2316 (ass)
8. Pflichtteilsergänzungsanspruch, 2325 ff. (ass)

## XII. Erbschein

1. Definition, § 2353
2. Zweck
3. Vermutungswirkung, § 2365
4. Rechtsscheinwirkung, §§ 2366, 2367.

# Internationales Privatrecht

## I. Einführung

1. Begriff
2. Quellen
3. Prüfungsreihenfolge (in einer Klausur)

## II. Allgemeiner Teil des IPR

1. Auslandsberührung
2. Anknüpfungsgegenstand
3. Staatsverträge
4. Kollisionsnorm im dt. IPR
5. Anknüpfungspunkt
6. Anzuwendendes (Privat-)Recht
7. Rück- u. Weiterverweisung
8. Qualifikation ("classification")
9. Vorfragen
10. Ordre public

## III. Besonderer Teil des IPR

1. Privatrecht AT
  - a) Rechts- und Geschäftsfähigkeit
  - b) Name
  - c) Jur. Personen und Gesellschaften
  - d) Form von R'Geschäften
  - e) Stellvertretung
2. Vertragliches Schuldrecht
  - a) Bestimmung des Schuldstatuts
  - b) Zustandekommen von Verträgen
3. Außervertragliches Schuldrecht, Art. 38 - 42
  - a) Ungerechtfertigte Bereicherung
  - b) GoA
  - c) Deliktsrecht
4. Sachenrecht
5. Familienrecht
6. Erbrecht

## V. Internationales Verfahrensrecht

1. Internationale Zuständigkeit
2. Vollstreckung ausländischer Entscheidungen



# Arbeitsrecht

## I. Zweck

## II. Arbeitsverhältnis

1. Rechtsgrundlage: Arbeitsvertrag
2. Parteien
3. Besondere Arbeitsverhältnisse

## III. Rechtsquellen

1. Rangordnung
2. Zwingende gesetzl. Vorschriften
3. Tarifvertrag
4. Betriebsvereinbarung
5. Gesamtzusage
6. Betriebliche Übung

## IV. Begründung von Arbeitsverhältnissen

1. Vertragsschluss
2. Nichtigkeitsgründe
3. Folgen von Nichtigkeitsgründen

## V. Pflichten des Arbeitnehmers

1. Arbeitspflicht
2. Sonstige Pflichten
3. Rechte des AG bei Pflichtverletzungen des AN
4. Einschränkungen der Arbeitnehmerhaftung

## VI. Pflichten des Arbeitgebers

1. Vergütungspflicht
2. Benachteiligungsverbot
3. Beschäftigungspflicht
4. Pflicht zur Altersversorgung
5. Sonstige (Schutz-)Pflichten
6. Aufwendungsersatz
7. Rechte des AN bei Pflichtverletzungen des AG
8. Schadenersatz bei Arbeitsunfällen

## VII. Arbeitskampf

1. Definition
2. Arten
3. Rechtmäßigkeit
4. Folgen von Streiks
5. Folgen von Aussperrungen

## VIII. Unverschuldete Arbeitsausfälle

1. Vorübergehende Verhinderung
2. Krankheit des AN
3. Betriebs- und Wirtschaftsrisiko

## IX. Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Zeitablauf

1. § 620 I
2. Gesetzl. zulässige Befristungen

## X. Kündigung

1. Kündigungserklärung
2. Anhörung des Betriebsrats
3. Kündigungsgrund
4. Nachschieben von Kündigungsgründen

## XI. Ordentliche Kündigung

1. Zulässigkeit
2. Kündigungsfristen
3. Kürzung der Fristen
4. Verlängerung der Fristen

## XII. Außerordentliche Kündigung

1. Kündigungsgrund
2. Ausschlussfrist
3. Umdeutung

## XIII. Kündigungsschutz nach dem KSchG

1. Geltungsbereich der §§ 1 – 3 KSchG
2. Rechtfertigungsgründe
3. Widerspruch des Betriebsrats
4. Kündigungsschutzklage
5. Änderungskündigung
6. Besonderer Kündigungsschutz

## XIII. Rechtsgeschäftlicher Betriebsübergang

1. Gesamtrechtsnachfolge
2. Rechtsgeschäftlicher Betriebsübergang

# Übersicht Öffentliches Recht

1. Grundrechte
2. Staatsziele
3. Staatsorganisation
4. Europarecht
5. Verwaltungsrecht AT
6. Staatshaftungsrecht
7. Kommunalrecht
8. Polizeirecht
9. Baurecht

# Grundrechte

## A. Einleitung

- I. Erforderliche Rechtskenntnisse
- II. Die Stellung der GRe im GG
- III. GRe in der Examensklausur:

## B. Auslegung der GRe: Grundrechtstheorien

1. Liberale Grundrechtstheorie
2. Institutionelle Grundrechtstheorie
3. Sozialstaatl. Grundrechtstheorie

## C. Die Funktionen der Grundrechte

### I. Subjektiv-rechtliche Funktion:

1. „Status negativus“: Freiheit vom Staat
2. „Status positivus“: Freiheit durch den Staat
3. „Status activus“: Freiheit im u. für den Staat

### II. Objektiv-rechtliche Funktion:

1. Negative Kompetenznormen
2. Auslegung und Anwendung einfachen Rechts
3. Schutzpflichten des Staates
4. Staatliche Einrichtungen und Verfahren

### III. Einrichtungsgarantien

1. Gewährleistung von privatrechtl. Instituten
2. Gewährleistung von ö.r. Institutionen

# Verfassungsbeschwerde

## A. Zulässigkeit

- I. Beschwerde- / Parteifähigkeit / Antragsberechtigung
  - II. Prozessfähigkeit
  - III. Beschwerdegegenstand
  - IV. Beschwerdebefugnis:
    1. Prüfungsmaßstab
    2. Möglichkeit der Verletzung
    3. Selbst, gegenwärtig, unmittelbar betroffen
    4. Prozessführungsbefugnis
  - V. Erschöpfung des Rechtswegs,
    1. Zweck
    2. Inhalt
    3. VB unmittelbar gegen Gesetze
    4. Ausnahmen vom Grds. der Subsidiarität:
  - VI. Rechtsschutzbedürfnis
  - VII. Rechtskraft / Gesetzeskraft
  - VIII. Form und Frist
  - IX. Annahmeverfahren, § 93a - d BVerfGG
  - X. Rücknahme einer Verfassungsbeschwerde
- ## B. Begründetheit einer VB
- I. VB gegen Gesetze
  - II. VB gegen Urteile
- ## C. Entscheidungen des BVerfG

# Prüfung der Verletzung von Freiheitsgrundrechten

## I. Schutzbereich

1. Def.
2. Ermittlung

## II. Eingriff

1. „Klassischer Begriff“
2. „Erweiterter Eingriffsbegriff“
3. Grundrechtsverzicht

## III. Verf.-rechtl. Rechtfertigung

### 1. Schranken

- a) Verfassungsunmittelbare Schranken
- b) Ausdrücklicher Gesetzesvorbehalt
- c) Verfassungsimmanente Schranken

### 2. „Schranken-Schranken“

- a) bei Eingriffen des G'Gebers:
- b) Zitiergebot des Art. 19 I 2
- c) Übermaßverbot
- d) Wesensgehaltsgarantie, Art. 19 II

# Einzelgrundrechte

- Schutz der Menschenwürde, Art. 1 I  
Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Art. 2 I  
Allg. Persönlichkeitsrecht, Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I  
Leben u. körperl. Unversehrtheit, Art. 2 II 1  
Freiheit der Person, Art. 2 II 2  
Glaubens- und Gewissensfreiheit, Art. 4 GG  
Kriegsdienstverweigerung, Art. 4 III  
Freie Meinungsäußerung, Art. 5 I  
Freiheit der Kunst, Art. 5 Abs. 3  
Schutz von Ehe und Familie, Art. 6  
Schulwesen, Art. 7  
Versammlungsfreiheit, Art. 8  
Vereinigungs- u. Koalitionsfreiheit, Art. 9  
Brief-, Post- u. Fernmeldegeheimnis, Art. 10  
Freizügigkeit, Art. 11  
Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1  
Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13

# Gleichheitsgrundrechte

- A. Prüfungsreihenfolge
- B. Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 I
  - I. Inhalt
  - II. Prüfungsaufbau
    1. Eingriff in den Schutzbereich
    2. Verfassungsrechtl. Rechtfertigung
  - III. Sonderprobleme
- C. Besondere Gleichheitsregelungen
  - I. Art. 3 II
  - II. Art. 3 III
  - III. Art. 33 I
  - IV. Art. 33 II
  - V. Art. 33 III

# Art. 14 GG

## I. Allgemeines

1. Art. 14 als „normales“ Grundrecht.
2. Funktionen des Art. 14 GG:
  - a) Institutsgarantie:
  - b) Bestandsgarantie:
  - c) Eigentumswertgarantie

## II. Schutzbereich des Art. 14 I 1 GG

1. Begriff des Eigentums i.S.d. Art. 14 GG
2. Umfang des Eigentumsschutzes

## III. Eingriffe in Art. 14 GG

1. Enteignung, Art. 14 Abs. 3 GG
  - a) Definition
  - b) Formen der Enteignung
2. Inhalts- und Schrankenbestimmungen, Art. 14 I 2
  - a) Definition
  - b) Abgrenzung zur Enteignung
3. Sonstige Eingriffe

## IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung

1. von Enteignungen
2. von Inhalts- und Schrankenbestimmungen

## V. Anspruch auf Entschädigung

1. Enteignungsentschädigung, Art. 14 III 3
2. Weitere Entschädigungstatbestände
3. Enteignungsgleicher Eingriff
4. Enteignender Eingriff

## VI. Annex: Aufopferung

1. Def.
2. Rechtsgrundlage
3. Konkurrenzen:

# Staatsziele

# Staatsorganisation

## A. Staatszielbestimmungen

### I. Republik - Art. 20 I

### II. Demokratie - Art. 20 I, II

1. Volkssouveränität
2. Repräsentative Demokratie
3. Parlamentarische Demokratie
4. Parteiendemokratie
  - a) Begriff der politischen Partei
  - b) Parteienprivileg
  - c) Chancengleichheit:
  - d) Innere Ordnung der Parteien
  - e) Rechtsschutzmöglichkeiten polit. Parteien

### III. Rechtsstaat

1. Grundlagen
  - a) Rechtsstaatsprinzip
  - b) Wesentliche Elemente
2. Gesetzmäßigkeit staatlichen Handelns,
3. (Horizontale) Gewaltenteilung, Art. 20 II 2

### 4. Rechtssicherheit

- a) Rechtsklarheit und Bestimmtheit v. Normen:
- b) Rückwirkung von Gesetzen

### 5. Rechtsschutzgarantie des Art. 19 IV

### 6. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung

## IV. Bundesstaat, Art. 20 I

### 1. Grundlagen

### 2. Homogenitätsprinzip

### 3. Bundesfreundliches Verhalten

### 4. Kompetenzen im Bundesstaat

- a) Gesetzgebungskompetenzen
- b) Verwaltungskompetenzen
- c) Vertragsschlusskompetenzen für völkerrechtliche Verträge im Bundesstaat

### 5. Kooperativer Föderalismus

### 6. Föderale Finanzverfassung

## V. Sozialstaat - Art. 20 I

## VI. Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Tierschutz, Art. 20a GG

# B. Die obersten Staatsorgane

## I. Bundestag

### 1. Wahl - vgl. Art. 38

- a) Grundsätzliches
- b) Wahlrechtsgrundsätze - Art. 38 I 1:

### 2. Funktionen und Rechte des BT

### 3. Innere Ordnung / Verfahren Art. 40 I GG

- a) Fraktionen
- b) Untersuchungsausschüsse

### 4. Rechtsstellung der Abgeordneten

## II. Bundesrat

### *EXKURS: Die Bundesgesetzgebung*

#### *I. Grundsätzliches*

#### *II. Gesetzgebungsverfahren*

#### *für einfache Bundesgesetze*

#### *III. Verfassungsänderung, Art. 79*

## III. Bundesregierung

### 1. Bildung

### 2. Amtsdauer

### 3. Kompetenzen innerhalb der BReg

## IV. Bundespräsident

### 1. Aufgaben

### 2. Nicht ausdrücklich geregelte Befugnisse:

## V. Bundesverfassungsgericht

### 1. Funktion

### 2. Die wichtigsten Zuständigkeiten

### 3. Organstreit

### 4. Bund-Länder-Streitigkeit

### 5. Abstrakte Normenkontrolle

### 6. Konkrete Normenkontrolle

### 7. Einstweilige Anordnung, § 32 BVerfGG

# Europarecht

## A. Begriffsbestimmungen u. rechtl. Grundlagen

- I. "Europarecht"
- II. Europäische Union (EU)
- III. Primäres Gemeinschaftsrecht
- IV. Sekundäres Gemeinschaftsrecht
- V. Ungeschriebenes Gemeinschaftsrecht
  1. Gemeinschaftsgewohnheitsrecht
  2. Allgemeines Rechtsgrundsätze

## B. Grundlagen des EG-Rechts

- I. Verhältnis MS / Europäische Gemeinschaften
  1. Rechtsnatur der EG
  2. Stellung der MS'en
  3. Verteilung der Rechtsetzungskompetenzen
- II. Verhältnis nationales Recht / EG-Normen
  1. EuGH
  2. BVerfG
  3. Überprüfbarkeit von EG-Recht an Grundrechten und Verf.-Prinzipien des Art. 79 III GG
  4. Rechtsschutz vor dem BVerfG

## C. Institutionelles Gemeinschaftsrecht

- I. Die Organe
- II. Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts
- III. Organkompetenz für den Erlass von sekundärem Gemeinschaftsrecht
  1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung
  2. Die EG-Rechtsakte
    - a) Verordnung, Art. 249 II
    - b) Richtlinie, Art. 249 III
    - c) Entscheidungen, Art. 249 IV
    - d) Empfehlungen u. Stellungnahmen, Art. 249 V
    - e) Sonstige Rechtsakte
  3. Das Verfahren der Rechtsetzung
  4. Formerfordernisse und Inkrafttreten
  5. Vollzug von Gemeinschaftsrecht
  6. Vollstreckung
- IV. Unmittelbare Anwendbarkeit von EG-Normen
  1. Allgemeine Voraussetzungen
  2. Unmittelbare Anwendbarkeit von Primärrecht
  3. Unmittelbare Anwendbarkeit von Sekundärrecht
    - a) Verordnungen
    - b) Richtlinien vor nationaler Umsetzung
    - c) An MS gerichtete Entscheidung

## D. Das Rechtsschutzsystem vor dem EuGH

- I. Aufsichtsklage, Art. 226
- II. Vertragsverletzungsklage, Art. 227
- III. Nichtigkeitsklagen, Art. 230
  1. Klage der Organe und MS, Art. 230 I
  2. Klage der Individuen, Art. 230 II

## IV. Untätigkeitsklage, Art. 232

- V. Vorabentscheidungsverfahren, Art. 234
  1. Vorlagegegenstand
  2. Vorlageberechtigung
  3. Entscheidungserheblichkeit
  4. Vorlagesituation
    - a) Obligatorische Vorlage
    - b) Fakultative Vorlage
  5. Wirkung

## E. GR-Schutz auf EG-Ebene

- I. Geltung
- II. Rechtfertigung von Einschränkungen

## F. Bundesländer und EG-Recht

- I. Eingriffe in Länderkompetenzen auf EG-Ebene
- II. Verf.-rechtl. Beurteilung
- III. Rechtsschutz vor EuGH
- IV. Rechtsschutz vor BVerfG

## G. Materielles Gemeinschaftsrecht

- I. Überblick
  1. Die vier Grundfreiheiten
  2. Sonstige Politiken der EG
- II. Anwendbarkeit des EGV
  1. Örtlich
  2. Sachlich
- III. Freier Warenverkehr, Art. 23 ff.
  1. Anwendungsbereich
  2. Zollunion, Art. 25 ff
    - a) Einfuhr-/Ausfuhrzölle
    - b) "Abgaben gleicher Wirkung"
  3. Beseitigung von mengenmäßigen Beschränkungen, Art. 28 ff.
    - a) Mengenmäßige Beschränkungen
    - b) "Maßnahmen gleicher Wirkung"
    - c) Rechtfertigungsgründe
- IV. Freier Personenverkehr
  1. Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Art. 39 ff.
  2. Niederlassungsfreiheit, Art. 43 ff.
- V. Dienstleistungsfreiheit, Art. 49 ff.
  1. Persönlicher Anwendungsbereich
  2. Sachlicher Anwendungsbereich
  3. Gebot der Inländergleichbehandlung
  4. Rechtfertigungsgründe
- VI. Freier Kapitalverkehr, Art. 56 ff.
- VII. Allg. Diskriminierungsverbot, Art. 12
  1. Anwendbarkeit
  2. Diskriminierung
  3. Keine Rechtfertigung
- VIII. Bes. Diskriminierungsverbot, Art. 1

# Verwaltungsrecht

## Einführung

- I. Was ist Verwaltung?
- II. Wer ist Verwaltung?
  1. Verwaltungsträger
  2. Arten der Staatsverwaltung
  3. Sonderstellung der Gemeinden
- III. Rechtliche Bindungen der Verwaltung
  1. Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
  2. Rechtsgrundlagen des Verwaltungshandelns
- IV. Wie handelt die Verwaltung?
  1. Privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich
  2. öffentlich-rechtliche Maßnahmen
- V. Die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung
  1. Prüfung der Erfolgsaussichten einer Klage
  2. Übersicht: Die Klagearten

## Anfechtungsklage

- A. Ordnungsgemäße Klageerhebung
- B. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraus.
  - I. Deutsche Gerichtsbarkeit
  - II. Verwaltungsrechtsweg
    1. Spezialzuweisung an das VG
    2. Zuweisung an ein anderes Gericht
    3. Öffentlichrechtliche Streitigkeit
      - a) Abgrenzung öffentl. Recht - Privatrecht
      - b) Organisations- und Handlungsformen
      - c) Sachzusammenhang und Zielsetzung
      - d) öffentl.-rechtl. Verträge
    4. Nicht-verfassungsrechtliche Streitigkeit
    5. Entscheidung bei Unzulässigkeit des VRW
    6. Vorfragenkompetenz
  - III. Zuständigkeiten
    1. Sachliche Zuständigkeit
    2. Örtliche Zuständigkeit
- C. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen
  - I. Statthaftigkeit, § 42 I Fall 1
    1. Streitgegenstand
    2. Def. "VA"
      - a) Verwaltungsbehörde
      - b) Hoheitliche Maßnahme
      - c) Regelung
      - d) unmittelbare Rechtswirkung nach außen
      - e) Einzelfall
    3. Nebenbestimmungen als Klagegegenstand
      - a) Definitionen, § 36 II VwVfG
      - b) Abgrenzung
      - c) Isolierte Anfechtung
      - d) Rechtmäßigkeit des Erlasses
  4. Isolierte Anfechtungsklage

## *EXKURS: Reformatio in peius*

1. Definition
2. Zulässigkeit der reformatio in peius
3. Reformatio in peius im Widerspruchsverf.

- II. Klagebefugnis, § 42 II Fall 1
  1. Zweck
  2. Möglichkeitstheorie
  3. Drittschutz
- III. Vorverfahren, §§ 68 - 73
  1. Erforderlichkeit
  2. Entbehrlichkeit
  3. Sachurteilsvoraussetzung
- IV. Klagefrist, § 74
- D. Beteiligtenbezogene Sachurteilsvoraus.
  - I. Die Beteiligten im Verwaltungsprozess
    1. Wer ist Beteiligter?
    2. Beiladung, § 65
  - II. Prüfungspunkte
  - E. Prozessführungsbefugnis
  - F. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis
  - G. Begründetheit der Anfechtungsklage
    - I. Passivlegitimation
    - II. Rechtswidrigkeit des VA
      1. Ermächtigungsgrundlage
      2. Formelle Rechtswidrigkeit
      3. Materielle Rechtswidrigkeit
    - III. Verletzung des Klägers in eigenen Rechten

## *EXKURS: Ermessen u. Beurteilungsspielraum*

1. Problemlage
2. Uneingeschränkte gerichtl. Überprüfung?
3. Übersicht
4. Beurteilungsspielraum der Verwaltung
5. Heilung von Ermessens- und Beurteilungsfehlern

## Verpflichtungsklage

- A. Zulässigkeit
  - I. Ordnungsgemäße Klageerhebung
  - II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen,
  - III. Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage,
  - IV. Klagebefugnis, § 42 II Fall 2
  - V. Vorverfahren, § 68 II i.V.m. I VwGO
  - VI. Klagefrist, § 74 I 1 VwGO.
  - VII. Beteiligtenbezogene Sachurteilsvoraus.
  - VIII. Rechtsschutzbedürfnis
- B. Begründetheit, § 113 V VwGO
  - I. Passivlegitimation
  - II. Rechtsgrundlage(n)
  - III. Formelle Voraussetzungen
  - IV. Materielle Voraussetzungen

## Fortsetzungsfeststellungsklage

### A. Zulässigkeit

- I. Ordnungsgemäße Klageerhebung
- II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen
- III. Statthaftigkeit
  1. Wortlaut des § 113 I 4
  2. Fälle
  3. Erledigung
- IV. Sonstige besondere Sachurteilsvoraussetzungen
  1. Zulässigkeit der ursprünglichen Klage
  2. Besonderes Feststellungsinteresse

### B. Begründetheit

## Allgemeine Leistungsklage

### A. Zulässigkeit

- I. Ordnungsgemäße Klageerhebung
- II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen
- III. Statthaftigkeit
  1. „Leistung“
  2. Arten
- IV. Klagebefugnis, § 42 II analog
- V. Rechtsschutzbedürfnis

### B. Begründetheit

- I. Passivlegitimation, § 78 analog
- II. Rechtsgrundlage
- III. Formelle Voraussetzungen
- IV. Materielle Voraussetzungen.

### EXKURS: Der Verwaltungsvertrag

1. Bedeutung in der Klausur
2. Begriffsbestimmung
3. Unterschied zum VA
4. Arten von Verwaltungsverträgen
5. Die Wirksamkeit des ö.r. Vertrages
6. Durchsetzung von Ansprüchen

### EXKURS: Zusage und Zusicherung

1. Def. „Zusage“
2. Rechtsnatur
3. Zusicherung

## Allgemeine Feststellungsklage

### A. Zulässigkeit

- I. Ordnungsgemäße Klageerhebung
- II. Gerichtsbezogene Sachurteilsvoraussetzungen
- III. Statthaftigkeit, § 43 VwGO
  1. Def. Rechtsverhältnis
  2. Vorbeugende Feststellungsklage
- IV. Klagebefugnis, § 42 II analog
- V. Subsidiarität der Feststellungsklage
  1. Zweck des § 43 II VwGO
  2. Ausnahmen
- VI. Feststellungsinteresse
- VII. Drittrechtsverhältnisse

### B. Begründetheit

- I. Passivlegitimation, § 78 analog
- II. Weitere Begründetheit
- III. Die Nichtigkeit von VA'en, § 44 VwVfG
  1. Nichtigkeitsgründe
  2. Folgen der Nichtigkeit

## Normenkontrolle, § 47

### A. Zulässigkeit

- I. Ordnungsgemäßer Antrag
- II. Rechtsweg und Zuständigkeit des VGH
- III. Statthaftigkeit des Antrags
- IV. Vorbehaltsklausel, § 47 III
- V. Antragsbefugnis, § 47 II
- VI. Rechtsschutzbedürfnis

### B. Begründetheit

### EXKURS: Verwaltungsvorschriften

1. Def.
2. Gegenstand
3. Terminologie
4. Rechtsnatur
5. Arten von VV'en
6. Außenwirkung und Verbindlichkeit
7. Rechtmäßigkeit von VV'en

### EXKURS: Maßgeblicher Zeitpunkt

für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage

- a) Anfechtungsklage
- b) Verpflichtungsklage
- c) Allg. Leistungsklagen
- d) Feststellungsklage
- e) Normenkontrolle

## Einstweiliger Rechtsschutz

### A. Einführung

### B. § 80 V VwGO

- I. Einführung
- II. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80
- III. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung
- IV. Zulässigkeit eines Antrags nach § 80 V
- V. Begründetheit eines Antrags nach § 80 V
- VI. Sog. faktischer Vollzug
- VII. VA'e mit Drittwirkung

### C. § 123 VwGO

- I. Zulässigkeit
- II. Begründetheit

## Die Aufhebung von VA'en

- I. Einführung
  1. Aufhebung
  2. Rechtsgrundlagen
  3. Rücknahme und Widerruf
- II. Rücknahme rechtswidriger VA'e
- III. Widerruf rechtmäßiger VA'e
- IV. Geltendmachung der Aufhebung von VA'en
  1. Überblick
  2. Wiederaufgreifen

## Öffentliches Sachenrecht

1. Definitionen
2. Gemeinsamkeiten
3. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch
4. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch

## Staatshaftungsrecht

### I. Übersicht

### II. Amtshaftung und Beamtenhaftung

1. Anspruchsgrundlagen
2. Rechtsfolgen
3. Anspruch bei öffentl.-rechtlichem Handeln
  - a) Anspruchsgegner
  - b) Schädigung in Ausübung des öffentl. Amtes
  - c) Verletzung einer Amtspflicht
  - d) Drittbezogenheit der Amtspflicht
  - e) Kausalität und obj. Zurechnung
  - g) Verschulden
  - h) Subsidiarität, § 839 I 2 BGB
  - i) Mitverschulden, § 254 BGB
  - k) Verjährung:
    - l) Amtshaftung ggü. anderen Verw.-Trägern:
    - m) Rechtswidrige Rechtssetzung  
oder Unterlassung der Rechtssetzung
    - n) Rückgriff gegen den Handelnden
4. Spruchrichterprivileg, § 839 II
5. Anspruch bei fiskalischem Handeln
6. Rechtsweg
7. Sachl. Zuständigkeit

### III. Folgenbeseitigungsanspruch

1. Rechtsfolgen
2. Herleitung
3. TB-Voraussetzungen
4. Fallgruppen
5. Mitverschulden
6. Verjährung - Verwirkung
7. Rechtsweg
8. Klageart

### IV. Ansprüche aus verwaltungsrechtl. Schuldverhältnissen

1. Def. „Verwaltungsrechtl. Schuldverhältnis“
2. Fallgruppen
3. Rechtsfolgen
4. Haftungsbeschränkungen
5. Verhältnis zur Amtshaftung
6. Rechtsweg

### V. Öffentl.-rechtl. Erstattungsansprüche

1. Spezielle Regelungen
2. Allg. öffentl.-rechtl. Erstattungsanspruch

### VI. Folgenbeseitigungslast



# Kommunalrecht

## I. Verfassungsrechtliche Grundlagen

1. Bundesrecht
2. Landesrecht

## II. Wesen der Gemeinden

1. Institutionen freier Selbstverwaltung
2. Grundlage des demokratischen Staates
3. Gebietskörperschaften

## III. Elemente der gemeindl. Selbstverwaltung

1. Allzuständigkeit
2. Gebietshoheit
3. Finanz- und Haushaltshoheit
4. Organisationshoheit
5. Personalhoheit
6. Kulturhoheit
7. Planungshoheit
8. Satzungsautonomie

## IV. Grundrechtsfähigkeit

## V. Aufgaben der Gemeinden

1. Weisungsfreie Aufgaben
2. Weisungsaufgaben

## VI. Landratsamt, Stadtkreise, Große Kreisstädte

1. Landratsamt
2. Stadtkreise
3. Große Kreisstädte
4. Einordnung wichtiger Aufgabengebiete

## VII. Die Gemeindeangehörigen

1. Anspruch auf Benutzung öffentl. Einrichtungen
2. Pflichten der Gemeindebewohner
3. Anschluss- und Benutzungszwang
4. Mitwirkung der Bürger

## VIII. Gemeindeverfassung

1. Gemeinderat
2. Ausschüsse
3. (Ober-)Bürgermeister
4. Beigeordnete
5. Kommunalverfassungsstreitigkeiten

## IX. Finanzierung der gemeindlichen Aufgaben

## X. Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden

1. Konfliktsituation
2. Abgrenzung zu nichtwirtschaftl. Tätigkeit
3. Zulässigkeit von wirtschaftlichen Unternehmen
4. Organisationsformen
5. - entfällt -
6. Wirtschaftlichkeitsprinzip
7. Privatisierungen
8. Rechtsschutz gegen wirtschaftl. Betätigung

## XI. Kommunalaufsicht

1. Rechtsaufsicht
2. Fachaufsicht
3. Rechtsschutz der Gemeinde
4. Rechtsschutz von Bürgern

# Polizeirecht

## I. Begriff der "Polizei" i.S.d. bwPolG

1. Polizei im institutionellen Sinn
2. Polbehörden / Polizeivollzugsdienst

## II. Aufgaben der "Polizei", § 1 PolG

## III. Polizeiverfügung

1. Definition
2. Ermächtigungsgrundlagen
3. Konkurrenzen
4. "Konkretisierende Verfügung"

## IV. Formelle Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen

1. Zuständigkeit
2. Form und Verfahren

## V. Polizeiliche Schutzgüter, § 1 I PolG

1. "Öffentliche Sicherheit"
2. "Öffentliche Ordnung"

## VI. Gefahr

1. Def.
2. "Konkrete" Gefahr
3. "Abstrakte" Gefahr
4. Anscheinsgefahr
5. Putativgefahr ("Scheingefahr")
6. Gefahrenverdacht

## VII. Adressaten polizeilicher Maßnahmen

1. Zurechnungskriterien
2. Handlungsstörer, § 6 PolG
3. Zustandsstörer, § 7 PolG
4. Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern
5. Rechtsnachfolge und Polizeipflicht
6. Mehrere Störer
7. Inanspruchnahme Nichtverantwortlicher

## VIII. Opportunitätsprinzip, § 3 PolG

1. Definition
2. Entschließungsermessen
3. Auswahlermessen
4. Ausübung des Ermessens
5. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten

## IX. Eingriff in Grundrechte

1. Einführung
2. Eingriffe in GR'e mit Gesetzesvorbehalt
3. Eingriffe in GR'e mit Schranken- und Regelungsvorbehalten
4. Eingriffe in schrankenlose GR'e

## X. Übermaßverbot

1. Möglichkeit
2. Geeignetheit
3. Erforderlichkeit
4. Verhältnismäßigkeit i.e.S.

## XI. Vollstreckung von Polizeiverfügungen

1. Vollstreckungsvoraussetzungen
2. Vollstreckungsverfahren
3. Fall - Vollstreckung gegen Rechtsnachfolger

## XII. Unmittelbare Ausführung, § 8 I PolG

1. Def.
2. Rechtsnatur
3. Rechtmäßigkeit

## XIII. Polizeikosten

1. Grundsatz
2. Anspruch der Polizei auf Kostenersatz
3. Deliktische Schadensersatzansprüche

## XIV. Entschädigungsansprüche von Bürgern

## XV. Polizeiverordnung

1. Einführung
2. Formelle Rechtmäßigkeit
3. Materielle Rechtmäßigkeit
4. Zeitlicher Geltungsbereich
5. Maßnahmen zur Durchsetzung

## XVI. Rechtsschutz gg polizeil. Maßnahmen

1. Polizeiverfügungen
2. Beseitigung tatsächlicher Folgen
3. Verwaltungsvollstreckung
4. Polizeiverordnungen
5. Handeln im repressiven Bereich

## XVII. Fall

# Baurecht

## A. Einführung

- I. Übersicht
- II. Typische Fallkonstellationen

## B. Gemeindliche Bauleitplanung

- I. Einführung
- II. Arten von Bauleitplänen
  - 1. Flächennutzungsplan, § 5
  - 2. Bebauungsplan, § 8 BauGB
- III. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne
  - 1. gegen Flächennutzungspläne
  - 2. Rechtsschutz gegen Bebauungspläne
- IV. Normenkontrolle und Bebauungsplan
- V. Abwägungsfehler
  - 1. Abwägungsausfall
  - 2. Abwägungsfehler i.e.S.
    - a) "Abwägungsdefizit"
    - b) "Abwägungsfehleinstellung"
    - c) "Abwägungsfehleinschätzung"
    - d) "Abwägungsdisproportionalität"
- VI. Beachtlichkeit von Fehlern
  - 1. Formelle Fehler
  - 2. Materielle Fehler
- VII. Rechtskontrolle und Rechtsschutz bei der Aufstellung von Bauleitplänen
  - 1. Anzeige- und Genehmigungsverfahren
  - 2. Mögliche Klausurkonstellationen

## C. Das Baugenehmigungs- und Kennnisgabeverfahren, §§ 49 ff. LBO

- I. Verfahren nach der LBO
  - 1. Verfahrensarten
  - 2. Materieller Prüfungsinhalt der Verfahren
- II. Das Genehmigungsverfahren
  - 1. Zweck
  - 2. Die Baugenehmigung
  - 3. Anspruch auf eine Baugenehmigung
- III. Das Kennnisgabeverfahren
  - 1. Einführung
  - 2. Verfahren
  - 3. Klausurrelevanz
  - 4. Kennnisgabepflichtigkeit

## D. Eingriffsermächtigungen für Bauordnungsverfügungen

- I. Mögliche Ermächtigungsgrundlagen
- II. Formelle Rechtmäßigkeit
- III. Materielle Rechtmäßigkeit
  - 1. Abbruchsordnung, § 65 S. 1 LBO
  - 2. Baueinstellung, § 64 I LBO
  - 3. Nutzungsuntersagung, § 65 S. 2 LBO
  - 4. Bauordnungsrechtliche Generalklausel
  - 5. Nachträgliche Auflage, § 58 VI
- IV. Rechtsschutz

## E. Zu prüfende ö.r. Vorschriften

- I. Bauplanungsrecht
  - 1. § 29 BauGB
  - 2. Struktur der §§ 30 - 38
  - 3. Vorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans, § 30 I
  - 4. Zulässigkeit von Vorhaben im Bereich eines einfachen B-Plans, § 30 II
  - 5. Ausnahmen und Befreiungen gem. § 31
  - 6. Vorhaben im nicht qualifiziert beplanten Innenbereich, § 34
  - 7. Zulässigkeit von Vorh. im Außenbereich, § 35
  - 8. Einvernehmen der Gemeinde, § 36 BauGB
- II. Bauordnungsrecht
  - 1. Einführung
  - 2. Besonders klausurrelevante Normen
    - (1) Baurechtliche Generalklausel, § 3 I 1 LBO
    - (2) Bebaubarkeit von Grundstücken
    - (3) Schutz vor Verunstaltung, §§ 11 LBO
    - (4) Werbeanlagen

## F. Baurechtlicher Nachbarschutz

- I. Zweck
- II. Rechtsschutz des Nachbarn
  - 1. Fallkonstellationen
  - 2. Zulässigkeit einer Nachbarklage
  - 3. Begründetheit einer Nachbarklage
  - 4. Aufschiebende Wirkung, §§ 80, 80 a VwGO
- III. Die wichtigsten nachbarschützenden Vorschriften im Baurecht
  - 1. Bauplanungsrecht
  - 2. Bauordnungsrecht
  - 3. Verfahrensvorschriften
  - 4. Gebot der Rücksichtnahme
  - 5. Nachbarschutz durch Verfassungsrecht

# Übersicht Strafrecht

## Strafrecht Allgemeiner Teil

- A. Grundlagen
- B. Vorsätzliche Begehungsdelikte
  - I. Objektiver Tatbestand
  - II. Subjektiver Tatbestand
  - III. Tatbestandsirrtum
  - IV. Rechtswidrigkeit
  - V. Schuld
  - VI. Irrtumslehre
  - VII. Persönl. Strafausschließungs- u. Strafaufhebungsgründe
  - VIII. Täterschaft und Teilnahme
  - IX. Versuch
- C. Fahrlässige Begehungsdelikte
- D. Erfolgsqualifizierte Delikte
- E. Unterlassungsstraftaten
- F. Konkurrenzlehre

## Strafrecht Besonderer Teil

- A. Vermögensdelikte
- B. Nichtvermögensdelikte

# Strafrecht AT

## A. Grundlagen

1. Aufbau einer Straftat
2. Abgrenzung Tun / Unterlassen
3. Strafrechtlicher Handlungsbegriff
4. Vorsatz und Fahrlässigkeit
5. Tatbestand
6. Subsumtion und Auslegung

## B. Vorsätzliche Begehungsdelikte

### I. Objektiver Tatbestand

1. Handlungssubjekt
2. Handlungsobjekt
3. Ausführungshandlung
4. Tatbestandlicher Erfolg
5. Kausalität
6. Objektive Zurechnung des Erfolgs

### II. Subjektiver Tatbestand

1. Vorsatz
2. Erscheinungsformen des Vorsatzes
3. Besondere subjektive Tatbestandsmerkmale

### III. Tatumstandsirrtum

1. Wissen
2. Irrtum über das Handlungsobjekt
3. Irrtum über den Kausalverlauf

### IV. Rechtswidrigkeit

1. Voraussetzungen
2. Wirkung von Rechtfertigungsgründen
3. Notwehr
4. Zivilrechtlicher Notstand
5. Strafrechtlicher Notstand
6. Festnahmerechte, §§ 127, 164 StPO, 229 BGB
7. Einverständnis und Einwilligung
8. Mutmaßliche Einwilligung
9. Züchtigungsrecht
10. Erlaubtes Risiko
11. Sozialadäquanz
12. Sonstige RF-Gründe: §§ 561, 859, 560 BGB

### V. Schuld

1. Schuldfähigkeit
2. actio libera in causa
3. Schuldform
4. Unrechtsbewusstsein
5. Entschuldigungsgründe

### VI. Irrtumslehre

1. Abgrenzungen TB-Irrtum / Verbotsirrtum
2. Verbotsirrtum
3. Erlaubnistatbestandsirrtum
4. Irrtum über Entschuldigungsgründe

## VII. Persönl. Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe

1. Strafausschließungsgründe
2. Strafaufhebungsgründe
3. Irrtum

## VIII. Täterschaft und Teilnahme

1. Einleitung
2. Abgrenzung Täterschaft / Teilnahme
3. Mittäter
4. Mittelbare Täterschaft
5. Teilnahme
6. Anstiftung
7. Beihilfe

## IX. Versuch

1. Prüfungsschema
2. Vorbereitungshandlungen und Versuch
3. Versuch und Mittäterschaft
4. Versuch und mittelbare Täterschaft
5. Qualifikationstatbestände
6. Untauglicher Versuch
7. Fehlgeschlagener Versuch
8. Rücktritt vom Versuch

## C. Fahrlässige Begehungsdelikte

- I. Strafbarkeit
- II. Tatbestand
- III. Objektive Zurechnung
- IV. Objektive Pflichtwidrigkeit
- V. Erlaubtes Risiko
- VI. Realisierung der unerlaubten Gefahr
- VII. Schutzzweck der Norm
- VIII. Formen der Fahrlässigkeit
- IX. Fahrlässigkeitsmaßstab
- X. Rechtswidrigkeit
- XI. Fahrlässigkeitsschuld

## D. Erfolgsqualifizierte Delikte

### E. Unterlassungsstraftaten

- I. Echte und unechte Unterlassungsdelikte
- II. Abgrenzung Tun und Unterlassen
- III. Objektiver TB
  1. Erfolg
  2. Nichtvornahme der gebotenen Handlung
  3. Kausalität
  4. Objektive Zurechnung
  5. Garantenstellung und -pflichten
  6. Modalitätenäquivalenz
- IV. Subjektiver Tatbestand
- V. Rechtswidrigkeit
- VI. Schuld
- VII. Versuch

## F. Konkurrenzlehre

### I. Prüfungsreihenfolge

### II. Gesetzeseinheit

1. Spezialität
2. Subsidiarität
3. Konsumtion
4. Mitbestrafte Tat

### III. Echte Konkurrenzen

### IV. Idealkonkurrenz

1. Eine Handlung
2. Natürliche Handlungseinheit
3. Tatbestandliche Handlungseinheit
4. Fortgesetzte Handlung

### V. Handlungsmehrheit

### VI. Rechtsfolgen

### VII. Wahlfeststellung

# Strafprozessrecht

## I. Quellen

## II. Zuständigkeiten

1. Sachliche
2. Geschäftsverteilung
3. Instanzenzug
4. Örtliche
5. Ausschließung und Ablehnung von Richtern

## III. Gang des Verfahrens in der 1. Instanz

1. Erkenntnisverfahren
  - a) Vorverfahren
  - b) Zwischenverfahren
  - c) Hauptverfahren
2. Vollstreckungsverfahren

## IV. Verfahrensgrundsätze

1. Oberster Grundsatz: "Fair Trial"
2. Anklagegrundsatz
3. Offizialprinzip
4. Legalitätsprinzip
5. Ermittlungsgrundsatz

## V. Ermittlungsverfahren

1. Zuständig: StA
2. Aufbau der StA
3. Befangenheit eines Staatsanwalts
4. Hilfsbeamte der StA
5. Ermittlungsrichter
6. Einleitung

## 7. Erfordernisse

## 8. Vernehmung des Beschuldigten

## 9. Anwesenheitsrechte

## 10. Abschlussvermerk

## 11. Einstellung des Verfahrens

## 12. Klageerhebung

## VI. Zwangsmaßnahmen

### 1. Zuständigkeit / Kompetenzhierarchie

### 2. Rechtsschutz

### 3. U-Haft

### 4. Telefonüberwachung

### 5. Durchsuchung

### 6. Vorläufige Festnahme

### 7. Körperliche Untersuchung

### 8. Erkennungsdienstliche Maßnahmen

### 9. Beschlagnahme von Gegenständen

## VII. Zwischenverfahren

### 1. Funktion

### 2. Entscheidungen

## VIII. Hauptverfahren

### 1. Vorbereitung der Hauptverhandlung

### 2. Hauptverhandlung

### 3. Verhandlungsleitung

### 4. Veränderung des rechtl. Gesichtspunkts

### 5. Letztes Wort

## IX. Beweisaufnahme

### 1. Richterliche Ermittlungspflicht

### 2. Beweisen

### 3. Beweisantrag

### 4. Strengbeweis

### 5. Freibeweis

### 6. Beweisbedürftigkeit

### 7. Beweiserhebungsverbote

### 8. Beweisverwertungsverbote

### 9. Grundsatz der freien Beweiswürdigung

### 10. Zeugen

### 11. Sachverständigengutachten

## X. Grundsatz der Unmittelbarkeit

## XI. Urteil

### 1. Prozessurteil

### 2. Sachurteil

### 3. Formelle Rechtskraft

### 4. Materielle Rechtskraft

## XII. Verfahrensbeendigender Beschluss

## XIII. Rechtsmittel gegen Urteile

### 1. Berufung

### 2. Revision

# **Strafrecht BT**

## **A. Straftaten gegen das Eigentum**

### **I. Diebstahl**

1. Schutzgut
2. Sache
3. beweglich
4. fremd
5. Wegnahme
6. Zueignungsabsicht
7. Rechtswidrigkeit der beabsichtigten Zueignung

### **II. Diebstahl in besonders schweren Fällen**

1. Nr. 1
  - (1) Umschlossener Raum
  - (2) Einbrechen
  - (3) Einsteigen
  - (4) Falscher Schlüssel
  - (5) Verborgenen halten
2. Nr. 2 - Behältnis
3. Nr. 3 - Gewerbsmäßig; Nrn. 4 - 7
4. Versuch
5. § 243 II.

### **III. Diebstahl mit Waffen; Bandendiebstahl**

1. § 244 I Nr. 1
2. § 244 I Nr. 2
3. § 244 I Nr. 3
4. Konkurrenzen

### **IV. Haus- und Familiendiebstahl**

### **V. Diebstahl geringwertiger Sachen**

### **VI. Unbefugter Gebrauch eines Kfz**

### **VII. Unterschlagung**

1. Schutzgut
2. Obj. TB
3. Veruntreuung
4. Mehrfachzueignungen
5. Vorübergehende Verdeckung von Fehlbeträgen.

### **VIII. Raub**

### **IX. Schwerer Raub**

### **X. Raub mit Todesfolge**

### **XI. Räuberischer Diebstahl**

### **XII. Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer**

### **XIII. Sachbeschädigung**

### **XIV. Wilderei**

## **B. Straftaten gegen das Vermögen als Ganzes**

### **I. Betrug**

1. Objektiver TB
2. Täuschung über Tatsachen
3. Irrtum
4. Vermögensverfügung
5. Vermögensschaden
6. Subjektiver TB

### **II. Computerbetrug**

### **III. Subventionsbetrug**

### **IV. Kreditbetrug**

### **V. Versicherungsmissbrauch**

### **VI. Erschleichen von Leistungen**

### **VII. Erpressung**

1. Schutzgut
2. Fallaufbau
3. Drohung
4. Vermögensverfügung
5. Vermögensnachteil

### **VIII. Räuberische Erpressung**

### **IX. Erpresserischer Menschenraub**

### **X. Untreue**

### **XI. Missbrauch von Scheckkarten**

### **XII. Begünstigung**

### **XIII. Hehlerei**

### **C. Straftaten gegen das Leben**

- I. Einführung
- II. Totschlag
- III. Mord
  - 1. Absolute Strafdrohung
  - 2. Mordmerkmale
  - 3. Fallaufbau
  - 4. Teilnahme
- IV. Tötung auf Verlangen
- V. Kindstötung
- VI. Minder schwerer Fall des Totschlags
- VII. Fahrlässige Tötung
- VIII. Aussetzung

### **D. Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit**

- I. Einführung
- II. Körperverletzung
- III. Gefährliche Körperverletzung
- IV. Schwere Körperverletzung
- V. Körperverletzung mit Todesfolge
- VI. Misshandlung von Schutzbefohlenen
- VII. Konkurrenzen
- VIII. Beteiligung an einer Schlägerei

### **E. Straftaten gegen die persönliche Freiheit**

- I. Freiheitsberaubung
- II. Nötigung
  - 1. Gewalt
  - 2. Drohung
  - 3. § 240 II
- III. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
- IV. Entführung
- V. Kindesentziehung

### **F. Straftaten gegen die Ehre**

- I. Ehrenschutz
- II. Verleumdung
- III. Üble Nachrede
- IV. Beleidigung
- V. Rechtfertigungsgründe

### **G. Straftaten gegen den persönl. Lebensbereich**

- I. Hausfriedensbruch
- II. Schwerer Hausfriedensbruch

### **H. Straftaten gegen die Rechtspflege**

- I. Falsche Verdächtigung
- II. Vortäuschen einer Straftat
- III. Nichtanzeige geplanter Straftaten
- IV. Strafvereitelung
- V. Aussagedelikte
- VI. Falsche uneidliche Aussage
- VII. Meineid
- VIII. Fahrlässiger Meineid
- IX. Falsche Versicherung an Eides Statt
- X. Versuchte Anstiftung zur Falschaussage
- XI. Verleitung zur Falschaussage

### **I. Urkundendelikte**

- I. Urkunde
- II. Urkundenfälschung
- III. Missbrauch von Ausweispapieren
- IV. Fälschung technischer Aufzeichnungen
- V. Urkundenunterdrückung
- VI. Falschbeurkundung im Amt

### **K. Brandstiftung**

- I. Aufbau
- II. Schwere Brandstiftung
- III. Brandstiftung
- IV. Besonders schwere Brandstiftung
- V. Fahrlässige Brandstiftung

### **L. Verkehrsdelikte**

- I. Fallaufbau
- II. Gefährl. Eingriffe in den StV
- III. Gefährdung des StV
- IV. Trunkenheit im Verkehr
- V. Vollrausch
- VI. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort
- VII. Unterlassene Hilfeleistung

### **M. Umweltdelikte**

- I. Einführung
- II. Verunreinigung eines Gewässers
- III. Umweltgefährdende Abfallbeseitigung
- IV. Schwere Umweltgefährdung

### **N. Straftaten im Amt**

- I. Vorteilsannahme
- II. Bestechung
- III. Rechtsbeugung